Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 300 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag
23. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis 1,9 Milliarden M für die Woche vom 21.—27. Okt.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht weder Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Anzeigenpreis 250 M je 33 mm breite mm-Zeile mit Schlußtagabl. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Anzeigen-Schlußtagabl heute 12 Millionen.

23. 10 a — Nr. 492 — 300 Mill.
62. Jahrgang.

Generalstreik in Wiesbaden.

Aachen gesäubert.

bt. **Wiesbaden**, 23. 10. (Eigenbericht.)

Seit heute vormittag 9 Uhr herrscht hier der Generalstreik, den die Gewerkschaften zum Protest gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik beschlossen haben. Alle Arbeit ruht; selbst die Zeitungen haben den Betrieb eingestellt. (Ueber die Ereignisse der heutigen Nacht in Wiesbaden siehe die unterstehende Meldung. — Red.)

Köln, 23. 10. (Eigenbericht.) Gestern aber hat in Aachen die Gegenaktion der treudeutschen Bevölkerung gegen die Separatistenbanden begonnen. Die Bewegung wurde unter Mitwirkung der Gewerkschaften durchgeführt, und war um 1 Uhr nachts beendet. Sämtliche Gebäude, die von den Separatisten besetzt worden waren, sind wieder befreit. Die Sonderbündler wurden aus der Stadt hinausgeworfen.

In Mainz ist den Sonderbündlern ein Polizeiverbot in die Hände gefallen. Die Sonderbündler in der Stadt erhalten fündig bewaffneten Zuzug von außerhalb.

Putschversuche in Trier, Wiesbaden und Bonn.

b. **Frankfurt a. M.**, 23. 10. (Eigenber.)

Offen unterstützt von Franzosen und Belgiern, beginnt die Bewegung im Rheinland sich weiter auszudehnen. Die beinahe völlige Apathie, in die die Bevölkerung durch die Unterdrückung der fremden Eroberer geraten ist, hilft den Hochverrätern bei ihrem Handwerk. Es kann als einwandfrei erwiesen gelten, daß es sich bei der Bewegung um ein von langer Hand mit französischer rad belgischer Hilfe vorbereitetes Unternehmen handelt.

Im einzelnen ist die Lage heute morgen die folgende:

In Aachen ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen der erregten Volksmenge und der deutschen Polizei auf der einen und den Separatisten auf der andern Seite gekommen. Verschiedene Meldungen sprechen von Verletzten und auch von Toten. Die Polizei hält noch wie vor das Polizeipräsidium besetzt, während die Separatisten das Regierungsgebäude zu ihrem Hauptquartier gemacht haben. Im Augenblick scheint in Aachen Ruhe zu herrschen.

Eine Anzahl von Mainz hochverratener Separatisten besetzen heute nach das Rathaus von Wiesbaden und entwaffneten, da die dortige Mann-Schaft versagte. Es fanden heute Gegendemonstrationen statt, gegen die die Sonderbündler mit Waffen vorgingen. Das Rathaus ist in Händen der Rechtler.

In Mainz spielt herrscht noch Ruhe, nachdem der gestrige Streik mißlungen ist. Man erwartet aber täglich neue Ereignisse.

Im Laufe der Nacht ist es bei rheinischer Hochverräterei gelungen, Rathaus und Regierungsgebäude von Trier zu besetzen. Zurzeit finden Verhandlungen mit den Behörden statt.

Coblenz ist nach der gestrigen Ereignisfer ruhig.

Nachdem die Franzosen gestern die Polizei in Bonn durch Trojaner in ihren Eingreifen ausgeschalten haben, ist heute noch die Besetzung des Rathauses und anderer Amtsgebäude durch separatistische Truppen erfolgt. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Die Bilanz ist nach der gestrigen Ereignisfer ruhig

Nachdem die Franzosen gestern die Polizei in Bonn durch Trojaner in ihren Eingreifen ausgeschalten haben, ist heute noch die Besetzung des Rathauses und anderer Amtsgebäude durch separatistische Truppen erfolgt. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Eine Anzahl von Mainz hochverratener Separatisten besetzen heute nach das Rathaus von Wiesbaden und entwaffneten, da die dortige Mann-Schaft versagte. Es fanden heute Gegendemonstrationen statt, gegen die die Sonderbündler mit Waffen vorgingen. Das Rathaus ist in Händen der Rechtler.

In Mainz spielt herrscht noch Ruhe, nachdem der gestrige Streik mißlungen ist. Man erwartet aber täglich neue Ereignisse.

Im Laufe der Nacht ist es bei rheinischer Hochverräterei gelungen, Rathaus und Regierungsgebäude von Trier zu besetzen. Zurzeit finden Verhandlungen mit den Behörden statt.

Coblenz ist nach der gestrigen Ereignisfer ruhig

Nachdem die Franzosen gestern die Polizei in Bonn durch Trojaner in ihren Eingreifen ausgeschalten haben, ist heute noch die Besetzung des Rathauses und anderer Amtsgebäude durch separatistische Truppen erfolgt. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Eine Anzahl von Mainz hochverratener Separatisten besetzen heute nach das Rathaus von Wiesbaden und entwaffneten, da die dortige Mann-Schaft versagte. Es fanden heute Gegendemonstrationen statt, gegen die die Sonderbündler mit Waffen vorgingen. Das Rathaus ist in Händen der Rechtler.

In Mainz ist den Sonderbündlern ein Polizeiverbot in die Hände gefallen. Die Sonderbündler in der Stadt erhalten fündig bewaffneten Zuzug von außerhalb.

Putschversuche in Trier, Wiesbaden und Bonn.

b. **Frankfurt a. M.**, 23. 10. (Eigenber.)

Offen unterstützt von Franzosen und Belgiern, beginnt die Bewegung im Rheinland sich weiter auszudehnen. Die beinahe völlige Apathie, in die die Bevölkerung durch die Unterdrückung der fremden Eroberer geraten ist, hilft den Hochverrätern bei ihrem Handwerk. Es kann als einwandfrei erwiesen gelten, daß es sich bei der Bewegung um ein von langer Hand mit französischer rad belgischer Hilfe vorbereitetes Unternehmen handelt.

Im einzelnen ist die Lage heute morgen die folgende:

In Aachen ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen der erregten Volksmenge und der deutschen Polizei auf der einen und den Separatisten auf der andern Seite gekommen. Verschiedene Meldungen sprechen von Verletzten und auch von Toten. Die Polizei hält noch wie vor das Polizeipräsidium besetzt, während die Separatisten das Regierungsgebäude zu ihrem Hauptquartier gemacht haben. Im Augenblick scheint in Aachen Ruhe zu herrschen.

Eine Anzahl von Mainz hochverratener Separatisten besetzen heute nach das Rathaus von Wiesbaden und entwaffneten, da die dortige Mann-Schaft versagte. Es fanden heute Gegendemonstrationen statt, gegen die die Sonderbündler mit Waffen vorgingen. Das Rathaus ist in Händen der Rechtler.

In Mainz ist heut herrscht noch Ruhe, nachdem der gestrige Streik mißlungen ist. Man erwartet aber täglich neue Ereignisse.

Im Laufe der Nacht ist es bei rheinischer Hochverräterei gelungen, Rathaus und Regierungsgebäude von Trier zu besetzen. Zurzeit finden Verhandlungen mit den Behörden statt.

Coblenz ist nach der gestrigen Ereignisfer ruhig

Nachdem die Franzosen gestern die Polizei in Bonn durch Trojaner in ihren Eingreifen ausgeschalten haben, ist heute noch die Besetzung des Rathauses und anderer Amtsgebäude durch separatistische Truppen erfolgt. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Eine Anzahl von Mainz hochverratener Separatisten besetzen heute nach das Rathaus von Wiesbaden und entwaffneten, da die dortige Mann-Schaft versagte. Es fanden heute Gegendemonstrationen statt, gegen die die Sonderbündler mit Waffen vorgingen. Das Rathaus ist in Händen der Rechtler.

In Mainz ist den Sonderbündlern ein Polizeiverbot in die Hände gefallen. Die Sonderbündler in der Stadt erhalten fündig bewaffneten Zuzug von außerhalb.

Tirard in Aachen!

Nach Zusammenkunft mit Poincaré.

S. **Paris**, 23. 10. (Eigenbericht.)

Poincaré ist gestern noch nicht nach Paris zurückgekehrt. Er wird erst heute wieder von seinem Landgut zurückkommen. Ueber die Ereignisse im Rheinland wird er jedenfalls auf dem laufenden gehalten. Oberkommissar Tirard, der noch Samstag eine Rücksprache mit Poincaré hatte, traf gestern morgen in Aachen ein (!) und ist gleich nach Koblenz weitergefahren.

Am Quai d'Orsay zeigt man sich nach außen hin sehr zurückhaltend. Ueber die wirkliche Haltung Frankreichs besteht natürlich nicht der geringste Zweifel. Der „Matin" spricht zum Beispiel heute morgen von einem „Verrat" des Oberbürgermeisters von Koblenz, weil dieser sich den Separatisten widersetzte (!). Das „Echo de Paris" meldet aus Brüssel, daß man sich dort ganz besonders reserviert verhalte. Man wisse dort anscheinend nicht, wie man sich zu der Bewegung stellen solle. Die „Independance Belge" erklärt, daß die Ausrufung der rheinischen Republik die Lösung des Reparationsproblems nicht erleichtere.

In linksgerichteten französischen Kreisen ist man über die Entwicklung der Dinge wenig kostmungsfähig gestimmt. Man sieht für einen neuen Rheinlandaufstand, wenn er wirklich Tatsache werden sollte, innere Schwierigkeiten voraus. Ohne sehr wichtigtuende französische Gebundenstützung sei ein solcher Aufstand nicht lebensunfähig, und die gesamte rheinischwestfälische Industrie einfach lahmgelegt. „Excitons Frankreich die Reparationstage der Sicherungstage aufgerte, gab es weder Reparationen noch Sicherung", schreibt zum Beispiel heute der „Populaire".

Die Blätter der Morgenpresse berichten in deutlicher Absicht von einer Ausdehnung der Bewegung. Verschiedentlich kam es zu Unruhen in Aachen und Koblenz. Das „Journal" spricht von der Möglichkeit einer nationalistischen Gegenbewegung und läßt hierbei keinen Zweifel darüber, daß in diesem Falle die Separatisten der Unterstützung der Besatzungsmächte sicher sein dürften. Besonders angenehm ist man über die Haltung des Bezirks Köln und des Ruhrgebiets, die man beide gern in die Bewegung mit hineinziehen möchte, was man aber aus verschiedenen Gründen nicht recht wagt.

Nach der „Daily Mail" soll zwischen Frankreich und England eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß auf bringende Vorstellungen Englands Frankreich von der Entsendung von 2 bis 3 Millionen Tonnen Stahl aus dem Ruhrgebiet Abstand nahm, deren Versendung bereits unmittelbar bevorstehe.

Morgen vormittag findet im Außenministerium ein Kabinettsrat statt, dem angesichts der augenblicklichen Lage erhöhte Bedeutung zukommt.

Interpellation über französische Wiederaufbauschande.

S. **Paris**, 22. 10. (Eigenbericht.) Der Abgeordnete Inghels hat eine Interpellation wegen der Schande in den wiederaufzubauenden Gebieten in der Kammer eingereicht. Er will Aufklärung darüber haben, ob die Regierung zu tun gedenke, um das Mißverhältnis, das zwischen den Entschädigungen für die großen und denen für die kleinen Geschädigten bestehe, zu beseitigen, ferner über die übertriebenen Entschädigungen, die teilweise gezahlt worden seien, an denen sich einzelne Industrielle in geradezu Handwäsche Weise bereichert hätten, ferner über die Langsamkeit des Geschäftsganges bei der Entschädigung der kleinen Geschädigten und über die Zahlungsmethoden der Entschädigungen überhaupt.

Verschärfung des amerikanischen Anti-Alkoholgesetzes.

S. **Paris**, 23. 10. (Eigenbericht.) Aus Washington wird gemeldet, daß die Konferenz der Gouverneure der Vereinigten Staaten der Amerika auf Vorschlag des Präsidenten Coolidge eine Verschärfung des Anti-Alkoholgesetzes beschlossen habe. In Zukunft solle nicht mehr auf Geld-, sondern auf Gefängnisstrafen als Ueberzeugung des Alkoholgesetzes erkannt werden. Ferner soll das Gesetz gleichmäßig auf alle Staaten ausgedehnt werden. Unter den strafverschärfenden Bestimmungen befindet sich die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, Schließung der betroffenen Lokale usw.

Die Revolte in Griechenland.

Paris, 23. 10. Die hiesige griechische Gesandschaft hat folgendes Telegramm aus Athen erhalten, das vom Sonntag nachmittag 4 Uhr datiert ist: In den Garnisonen von Patras, Chaldiz, Drama und Serrin sind Meutereien ausgebrochen. In den übrigen 18 Garnisonen sind die Truppen der Regierung treu geblieben. Die Armeeorgkommandeure haben in Telegrammen an Kabinett gebracht, daß sie treu zur Regierung halten werden. Die Marine beobachtet bisherige Haltung. Ebenso haben die liberale und republikanische Partei die Bewegung abgelehnt, die, wie es den Anschein hat, von den Anhängern des Generals Metaxas angestiftet zu sein scheint. Es sind Truppen unterwegs, die die Bewegung, an deren Spitze die Generäle Leonarkos und Gargalides stehen, niederwerfen sollen.

Verhaftungen.

Kahla, 22. 10. (B. T. B.) Die hiesige „Kahlsche Volkszeitung" aus Trier meldet, haben die Sonderbündler mehrere politische Führer und Stadtverordnete, darunter den Pfälzer Professor Dr. Haas, den sogenannten deutschen Reichsrat und die Stadtverordneten Brandenburg und Rautenstrauch verhaftet und verschleppt, wie es den Anschein hat, von den Anhängern der Separatisten.

Im Laufe des gestrigen Vormittags verlangte eine Schar Sonderbündler von der Stadt die Zugestehung zweier Belgerdorfer und eine ständige Kontrolle der Vermögensbörgane, ferner die Einsetzung ihres Führers Mahen als Polizeidirektor. Die Forderungen wurden abgelehnt.

Die Sonderbündler, vorwiegend junge Leute, durchstreiten die Stadt und „beschlagnahmen" unter Drohungen mit Revolvern Kraftwagen.

„Frankreich hinter den Ereignissen."

Die offene Unterstützung der Separatisten.

A. **London**, 23. 10. (Eigenbericht.)

Die englische Leserschaft verhält sich gegenüber den Vorgängen im Rheinlande abwartend, doch drücken die meisten Blätter ihre Ueberzeugung aus, daß Frankreich hinter den Ereignissen stehe. Von einigen Zeitungen wird sogar behauptet, daß auch zwischen Bayern und der französischen Regierung geheime Abmachungen bestünden. (!) Die „Times" glaubt im übrigen, daß sich vorläufig ein Urteil über die Bewegung im Rheinland noch nicht fällen lasse. Auch die Franzosen und Belgier seien offenbar in Verlegenheit, und es sei keineswegs sicher, daß sich die Ereignisse planmäßig entwickelten. Das Blatt wirft dann einige Fragen auf, die sich unmittelbar aus den Vorgängen ergeben. „Wenn die Separatisten einmal die Mündlinge aus der deutschen Währung sind, wer wird die Bewegung dann finanzieren? Wenn die Ruhe in den neuen Staat einbegriffen werden soll, wie wollen die Alliierten dann ihre Forderungen gegenüber den Ereignisse planmäßig entwickelten. Das Blatt wirft dann einige Fragen auf, die sich unmittelbar aus den Vorgängen ergeben. „Wenn die Separatisten einmal die Mündlinge aus der deutschen Währung sind, wer wird die Bewegung dann finanzieren? Wenn die Ruhe in den neuen Staat einbegriffen werden soll, wie wollen die Alliierten dann ihre Forderungen gegenüber Deutschland durchsetzen? Zum Schluß verlangt die „Times" ein gemeinsames Vorgehen aller Alliierten. Die Gefahr sei jetzt so groß geworden, daß alle früheren Meinungsverschiedenheiten unbedeutend erscheinen. Es handle sich jetzt darum, schnelle Beschlüsse zu fassen. Die Verantwortung sei zu groß, als daß sie von einer von zwei Mächten getragen werden könnte. Der Augenblick für eine mutige und kluge Tat (!) sei gekommen, wenn nicht ganz Europa mit in den Abgrund gezogen werden solle, in dem Deutschland versinke.

Die aus dem Rheinlande vorliegenden Nachrichten sprechen von einer Ausbreitung der Bewegung. Nach der „Daily Mail" soll die englische Zone von der Bewegung nicht berührt sein. Dagegen berichtet die „Times", daß die deutschen Polizisten in Köln alle Eingänge zur Stadt versperren, um das Eindringen separatistischer Banden zu verhindern. Aus Bonn meldet das gleiche Blatt, daß die französischen Behörden offenbar auf Seiten der Separatisten stehen. Die Weiterer der Rheinlandkommission ließen den städtischen Behörden mitteilen, daß die Polizei nicht auf die Separatisten schießen dürfe und daß Truppen in Bereitschaft gehalten werden, um die Separatisten notfalls zu beschießen.

Englands Mitverantwortung.

London, 23. 10. (B. T. B.) „Westminster Gazette" schreibt: Es sei klar, daß, wenn die augenblicklichen Verhältnisse, eine unverständliche Politik der Politik Frankreichs, in Deutschland fortdauern sollten, chaotische Unruhen unvermeidlich wären. Jeden Augenblick könnten die Engländer Zeuge Zeuge werden, die eine rasche und entscheidende Aktion der britischen Regierung notwendig machten, denn obwohl die Verantwortung für die Ereignisse im Ruhrgebiet in der Hauptsache auf Poincaré lasteten, könne die britische Regierung ihren Anteil an der Verantwortlichkeit nicht ablehnen. Sie habe gewußt, daß Schwierigkeiten bevorstehen, und ihr passiv geblieben. Ihr Widerstand gegen die Politik Frankreichs habe nur in Worten bestanden. Dieser Punkt sei vielleicht von großer unmittelbarer Bedeutung, da ihre Truppen Köln besetzt hatten, das sie als eine der Garantiemächte des Versailler Vertrages innehabe. Wenn der Aufstand gegen Berlin im Rheinland Wurzel faßte und sich ausbreitete, würde die Stellung der Engländer in ihrer eigenen Zone, die einem Teil des Rheinlandes bilde, schwierig bis zur Unhaltbarkeit werden. England könne diese Bewegung nicht unterstützen oder anerkennen oder irgendwelche Verantwortlichkeit für die Lösung von gewissen Teilen Deutschlands übernehmen, die deutsch seien. Sollten aber die Engländer anderseits Köln nicht länger als ein deutsches Pfand, sondern für Deutschland halten? Dies würde eine seltsame Form der zweideutigen Politik sein, die bisher von britischer Seite befolgt wurde.

Die englischen Konservativen verlangen klare Führung.

London, 23. 10. (B. T. B.) „Daily Telegraph" berichtet von der bevorstehenden Nationalkonferenz der Konservativen in Plymouth, auf der Baldwin am Donnerstag sprechen wird, die Konservative Partei wünsche von Baldwin eine andere Parole zu erhalten, als diejenige sei, die Bonar Law seinen Anhängern unter andern Umständen gegeben hatte, die aber jetzt verlangten nach einer klaren Führung. Baldwin sei in der letzten Zeit in seinen Reutlingen Ansichten über Deutschland, Frankreich und gewisser Seite Einmände erhoben worden, insbesondere im Zusammenhang mit seiner ausmärkischen Politik. Die Kritiker der Premierministers wollten anscheinend haben, daß er mit einer sogenannten entschiedenen britischen Politik, die England selbst in eine gefährliche Sackgasse mit Frankreich bringen würde, in die Arena springe. Aber Baldwin werde sich wahrscheinlich nicht dazu hinreißen lassen, von seiner kritischen Vorsicht abzugehen. Das Hauptziel der Konferenz sei heute, das Land wer dem sozialistischen Regiment zu retten, das drohe, wenn die augenblickliche Regierung stürzen sollte. Das große Ziel der Liebe des Augenblicks sei die Arbeitslosigkeit.

Protestaktion in Berlin.

Das Berliner Ernährungsamt teilt mit: Die unerhörten Hamsterein, die neben der katastrophalen Geldentwertung trotz ausreichender Getreideversorgung in den letzten Tagen in Berlin zu einem Mangel an Brot geführt haben, so daß zahlreiche Bezirksämter und Wirtschaftsämter sich in den Besitz von Brot gelangen konnten, veranlassen den Magistrat im Verein mit der Groß Berliner Bäckerschaft, die mit in Besitz der Bevölkerung befindliche Brotkarte der 41. Brotkartenwoche aufzurufen. Ab morgen, Mittwoch, den 24. Oktober, darf von den Bäckern auf je zwei Abschnitte A der erwähnten Brotkarte ein Brot (auf einen Abschnitt A also ein halbes Brot) zu dem zweifs der Preisprüfungsstelle vorgelegten Preise abgegeben werden.

Trostlose Wirtschaftslage im Ruhrgebiet.

Auswirkungen der innenpolitischen Krise.

Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets wird dem W. T. B. mitgeteilt: Die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern und der Aachener Dauerstreik haben die ohnehin kritische Situation im Ruhrgebiet bis zum äußersten verschärft. In allen politisch führenden Kreisen wird mit großer Einmütigkeit betont, daß die Zusammenstreiten der Ereignisse in München und Aachen der schwerste Schlag war, der das besetzte Gebiet in diesen entscheidungsschweren Stunden hat treffen können. Die Auffassung wirtscher Kreise geht dahin, daß die maßgebenden französischen Kreise die weitere Entwicklung der inneren deutschen Verhältnisse abwarten wollen. Der Kohlenen-Handbrief wird dann mit der Ausjuyung der Lage im Reich in direkte Verbindung gebracht. Darüber hart kein Zweifel bestehen, daß die Ausnutzung der Lage im Ruhrgebiet am schwersten beklagt.

Wenn auch die separatistische Propaganda im Ruhrgebiet in den letzten Tagen sich gesteigert hat, so besteht doch zu Befürchtungen von dieser Seite her kein Anlaß. Dagegen hart nicht verhindert werden, daß die politischen Kreise des Auslandes, die hinter den Sonderbündlern stehen, jetzt mit allen Mitteln dahin arbeiten werden, um auf die Abtrennung des Ruhrgebiets politisch hinzuarbeiten. Der Anspann der laufenden Verhandlungen wird erweisen, wie stark die Kreise sind, die vorläufig auf indirekten Wege die politische Abtrennung des Ruhrgebiets durchzuführen versuchen.

Feierschichten und Massenentlassungen.

Gelsenkirchen, 23. 10. (T. U.) Die wirtschaftliche Lage ist gegenwärtig ihr trostlos. Viele kleinere Werke und Betriebe haben bereits geschlossen. Auf den Zechen wird auch nur in beschränktem Maße gearbeitet.

Bei der Firma Krupp wird in dieser Woche nur noch 30 Stunden gearbeitet. Außerdem wurden zwei Feierschichten, diese jedoch nur für Ledige, eingelegt.

Essen, 23. 10. (Mtch.) Gestern hat die gesamte Industrie mit Ausnahme der Bergwerke ihre Arbeiter entlassen und begründet Zeit der Angekettelten zum 1. November gekündigt. Allein in Gelsenkirchen kommen 18000 Arbeiter in Betracht. Auf den Bergwerken des ganzen besetzten Gebiets, auch auf denen, die für Holland und Italien arbeiten, werden in dieser Woche zwei Feierschichten eingelegt.

Lebensmittelunruhen.

Hamburg.

hem. **Hamburg**, 23. 10. (Eigenbericht.) Wie in anderen Großstädten ist es auch in Hamburg vereinzelt zu Lebensmittelunruhen gekommen, die, durch die ungeheure Steigerung des Brotpreises verursacht, durch die Schließung einiger Bäckereien noch verstärkt wurden. Von kommunistischer Seite wird wieder einmal versucht, für den allgemeinen Generalstreik Propaganda zu machen. Trotz Schwierigkeiten bevorstehen, und ist bis jetzt geblieben. Ihr Widerstand gegen die Politik Frankreichs habe nur in Worten bestanden. Dieser Punkt sei vielleicht von großer unmittelbarer Bedeutung, da ihre Truppen Köln besetzt hatten, das sie als eine der Garantiemächte des Versailler Vertrages innehabe. Wenn der Aufstand gegen Berlin im Rheinland Wurzel faßte und sich ausbreitete, würde die Stellung der Engländer in ihrer eigenen Zone, die einem Teil des Rheinlandes bilde, schwierig bis zur Unhaltbarkeit werden. England könne diese Bewegung nicht unterstützen oder anerkennen oder irgendwelche Verantwortlichkeit für die Lösung von gewissen Teilen Deutschlands übernehmen, die deutsch seien. Sollten aber die Engländer anderseits Köln nicht länger als ein deutsches Pfand, sondern für Deutschland halten? Dies würde eine seltsame Form der zweideutigen Politik sein, die bisher von britischer Seite befolgt wurde.

Die Deutschnationalen und Bayern.

Rückrittsforderungen an Stresemann.

pn. **München**, 23. 10. (Eigenbericht.)

Der politische Beauftragte der Reichspartei-leitung der Deutschnationalen Volkspartei, der sächsische Landtagsabgeordnete Hellmut Lindemann Wildau, hat in einer Versammlung der Bayerischen Mittelpartei (Dr. Sp.) in München erklärt, unsere äußere Politik sei durch die Gleichsetzung von Arbeiterschaft und Sozialdemokratie verpfuscht, und Stresemann habe die Kardinalfehler dieser Geschichtsfälge gemacht. Die Politik der Berliner Regierung sei völlig unhaltbar und entzieht unmöglich. Die jetzigen Kreise im Reich, die erkennen, daß Bayern Bismarks Werk vertreten, hätten bei Hitlers Bayern durch die Tat vor einer Isolierung zu bewahren und sich mutig und offen an Bayerns Seite zu stellen. Der jetzige Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung habe die deutsche Frage in ihrer Gesamtheit aufgerollt.

Der bayerische Landesvorsitzende der Partei, Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Hilpert, erklärte, die Isolierung Bayerns im deutschen Kampf bedeute die riesengroße Gefahr der Separation. Die Wünschgmöglichkeit des Konflikts erblicke er, wenn Stresemann die Folgen seiner außenpolitischen Niederlage und seiner innerpolitischen Mißerfolge als Wahrer der Deutschnationalen. Die Partei vorbereiteter Konflikte zwischen Bayern und der Reichsregierung müsse durch eine organische Staatsverfassung verhindert werden. Alle Redner spendeten Beifall.

*

Die „Deutsche Tageszeitung" gibt eine Zuschrift aus dem Reichslandbund wieder, in der unmäßig erklärt wird, der Reichslandbund habe sich dem Reichskanzler Stresemann zur Verfügung gestellt, wenn er sein Kabinett nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammenstellt.

Die Wiederherstellung des Reichsfriedens auf Grundlage der Ersten Kreuzzitung scheint für den Reichslandbund die Möglichkeit seiner Mitwirkung aus. Wenn der bayerische Gesamtstaatsminister Dr. von Kahr erklärt: „Im Ruhr-Lossen handelt es sich letzten Endes um den großen Kampf der marxistischen und deutschen Einstellung gegen die deutsche christliche Weltanschauung", so kennzeichnet er hierdurch unterstrichen den Kern des Konflikts, den das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht richtig einzuschätzen, zu beurteilen und so mit euch nicht zu lösen vermag. Für dieses innerste Wesen der Frage haben die deutschen Landwirte und insbesondere der Reichslandbund ein grundsätzliches und schon empfindungsmäßiges Verständnis, während sie ohne Verständnis der rein juristischen Einstellung der Reichsregierung gegenüberstehen, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird."

Reichswehr und Politik.

Wie der „Vorwärts" zu melden weiß, hat General v. Lossow von der Fünftseite in Nürnberg folgendes Urteil über die Politik der Reichswehr in Berlin, Spandau, Stettin, Hannover, Breslau, Dresden, Frankfurt a. O. gerichtet:

„Der Chef der Heeresleitung hat einen Aufruf an das Reichsheer erlassen, der den Schritt der bayerischen Regierung als gegen die Reichsregierung gerichtet erklärt. Die bayerische Regierung denkt nicht daran, dem Reich die Treue zu brechen. Niemand übertrifft uns Bayern an Reichstreue. Daß wir wollen, ist daß der bayerischen Regierung und dem bayerischen Generalstaatskommissar von der unter marxistischen Einfluß stehenden Berliner Regierung nichts aufgezwungen werden soll, das Bayern, den Dem deutschen und nationaler Gesinnung, unzulässig machen soll.

Wir haben die selbstverständliche Pflicht, uns in diesem Konflikt hinter die bayerische Regierung und den bayerischen Generalstaatskommissar zu stellen, die mit uns das bedrängte Deutschtum schützen wollen. Die Verpflichtung wird durchgeführt.

gez.: von Lossow, Landeskommandant."

Sowohl Hitler Bundesdung als Erklärung für das Verhalten der bayerischen Truppen geben will, ist sie vielleicht erklärlich; wenn sie aber zugleich den Versuch einer politischen Schwenkung der anderen Teile der Reichswehr enthalten sollte, dann müßten wir sie offen mißbilligen. Von dem gröbnächtigen gegenüber Hitler der Verwechslung der Begriffe Marxismus und Sozialdemokratie ganz abgesehen: die Politik ist nicht Sache der Reichswehr, sondern des Bürgertums, das unerlaßt und außerhalb der Parteien gemäß Organisationen und Wirkungsmöglichkeiten hat, um einen Wechsel in der Reichsregierung herbeizuführen, wenn ein solcher der Stimmung der Bevölkerung entsprecht.

Ostpreußen.

Königsberg, 22. 10. Der Befehlshaber im Wehrkreis I hat folgendes Schreiben an den Leiter des Chefs der Heeresleitung gegeben:

„Zugeständnisse an die Truppen im Bereich des Wehrkreises I. Die jetzige Lage des Reiches und der militärische Geist erfordern Gehorsam. Beteiligung an politischen militärischen Führern. Daß jeder Angehörige der Wehrkreis-Division und der in ihrem Bereich unterstellten Truppen und Behörden und der Reichsmarine dies beherzigen und befolgen wird, bedarf keines weiteren Wortes.

von Tassel,
Generalleutnant, Kommandeur der ersten Division und Befehlshaber im Wehrkreis I."

Schließung der kommunistischen Friedrichstraßendruckerei.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: die kommunistische Friedrichstraßendruckerei (Friedrichstr. 225), in welcher verschiedene kommunistische Zeitungen wie die „Rote Fahne" sowie allerhand Propagandaschriften gedruckt werden, ist auf Anordnung des Militärbefehlshabers von der Reichswehr geschlossen und versiegelt worden, da in den letzten Tagen verbotsdiejenigen solche ähnliche zum Generalstreik und zur Beteiligung des Proletariats aufrufende Flugschriften gedruckt worden sind.

Graf Kanitz ernannt.

Die Ernennung des Grafen Kanitz zum Reichsernährungsminister ist jetzt vollzogen worden. Der Minister wendet sich in einem Aufruf an die Landbevölkerung und weist sie auf die Notwendigkeit hin, ihre Pflicht gegenüber der anderen Bevölkerung zu erfüllen.

Schicksalswende.

Von unserem rheinischen Berichterstatter.

Am 11. November 1918 endete rein äußerlich die erste Phase des großen Krieges, in dem der Kampf um den Rhein auf's neue in den Mittelpunkt der Weltgeschichte trat. Militärisch war Deutschland geschlagen, nachdem Soldatenmeutereien und Hungerverboten dem Heer den letzten Rückhalt der Heimat entzogen hatten. Militärisch war ein Abschluß gegeben, während der künftige „Willen-Frieden in der Verständigung" noch der Meinung der Volksbeauftragten die wirtschaftliche und — man verzeihe das Wort — auch die nationale Substanz des Reiches wahren sollte. Das Wort Scheidemanns auf der Fritztruppe des Reichstages, daß das deutsche Volk auf der ganzen Linie gesiegt habe, bezeichnet vielleicht am besten den Irrwahn dieser Kreise. Selbst als das Versailler Diktat aufgesetzt und unterschrieben wurde, meinten dieselben Persönlichkeiten noch immer, daß alles das nicht so böse gemeint sei, daß die meisten Artikel des Diktates einfach unausführbar seien (weil sie dem eigenen kleinen Gehirn einfach unerträglich schienen), daß Frankreich aber doch wenigstens die übrige „demokratische" Welt eine bezeichnende Versklavung der freiesten aller Republiken nicht zulassen könne. Man hoffte und glaubte im endlosen Wechsel, während gleichzeitig dem Raub der Barpolsteinfestungen des Deutschtums im Westen und Osten die Begnahme und Besetzung der wichtigsten Außenbastionen folgte. Nach dem Gewinne von Eisch und Lothringen übernahm Frankreich selbst den Pfandbrief des Saargebiets zu eigenen „treuen Händen"; unter fachkundiger Bitteleitung der angelsächsischen „Verbündeten" gezwang es das Rheinland unter französisch-belgisches Joch. Zu Oberschlesien setzte sich in trautem Verein mit dem mächtigen Protektor der Pole fest, und selbst der schmalzige Bauer konnte sich als bereitwilligen Beig Memel zusprechen lassen. Im Bankrotz unerpolitischer Kämpfe huschte ab und an wohl eine Flut von Entrüstung über Deutschland hohn, jedoch die irrsinnig gebarbeiteten Kreise Leichen und Mittel zum „Aufpeitschen" der öffentlichen Meinung gaben. Im Grunde blieb das gesamte deutsche Volk von all diesen Ereignissen unberührt, in ein „unentgeldlich" deutsche Arbeit und deutscher Unternehmungsgeist auch dem Reich seine Stellung in der Welt zurückerobern wollten. Den militärisch-politischen Ringen, das im Walde von Compiègne seinen schmählichen Abschluß fand, folgte der Kampf der deutschen Wirtschaft. Auf die „Wirtschafts"-Kleinen war jetzt das Dasein des deutschen Volkes gestellt, da die wirtschaftliche Not den Einzelnen wie die Gesamtheit, wie auch außerpolitisch schien der Verlust an Land und Leuten, zum Ansehen draußen in der Welt zu schweigen, erträglich und leicht gegen die fürchtige Abspannung neuen Wirtschaftsblüte in einem gefesselten Reparationsschlagnen. Selbst Frankreich wurde in diesen Jahren aus dem „Erkfeind" zum „Hauptgläubiger", als sich seine Annexionsabsichten am Rhein zur Pfändungspolitik wandelten. In stolzem Selbstvertrauen auf die bodenständige Kraft der eigenen Wirtschaft ließ man es zu, daß der Versailler Vertrag Zitat für Zitat durchlöchert und zerfetzt und damit die letzte völkerrechtliche Sicherung des Deutschen Reichs durchbrochen wurde. Als Frankreich und Belgien am 8. März 1921 mit Düsseldorf-Duisburg das „Sprungbrett zum Ruhrgebiet" besetzten, beschränkte sich das Ministerium Wirth auf den üblichen papiernen Einspruch, um nur so nicht durch einen Rückfall in die brutalen Machtformen der Vorkriegszeit die theoretisch fein ausgeklügelten Kreise dieser „Erfüllungspolitik" zu stören. Mit immer Crescendo immer lauter ertönte der Ruf, als die Schlußfestellung seiner Wirtschaftsfront durch Handstreich genommen wurde, weil es seit dem 9. November 1918 die Zusammenbrüche zwischen Wirtschaft und Macht verloren und bezweifeln hatte. Während man im Reichstag und Reichswirtschaftsrat, in allen Ministerien und Behörden von sogenannten Aufbau der deutschen Wirtschaft sprach und schrieb, besetzte der Gegner kampflos eine Stellung nach der andern. Dem Saargebiet und Ost-Oberschlesien folgte das ganze Rheinland in die gleiche wirtschaftliche Verklammung, als die „Sanktionen" von 1921 zum erstenmal besetztes und unbesetztes Gebiet durch eine starre Zollinie trennen und das Ruhrgebiet und Bayern verbundene Industriegebiete scheinbar planlos zerrichteten. Zitat für Zitat verkam die Weise, auf der die Führer der „Erfüllungspolitik" die Zukunft Deutschlands in die Welt aufzurichten vermeinten. Keine Hand rührte sich zur Gegenwehr, als das Programm Zitat für Zitat durchlaufen und zerfetzt und törichtes Deutschen das Endziel und die Taktik der französischen Rheinpolitik enthüllte. Nur dem Wiederstand der Ruhrindustrie, die im Widerstand gegen die Ruhrbesetzung unerhörte Forderung fand, verdanken wir den

Angriff auf die Selbständigkeit Europas begonnen und planmäßig durchgeführt. In Deutschland aber heute der 11. Januar 1923 endlich das Bewußtsein für die große Aufgabe geweckt, die die Schwerindustrie des Ruhrgebiets nicht nur für den Aufbau einer neuen nationalen Zukunft, sondern für die Sicherung des nackten Daseins der Bevölkerung selbst besaß. Die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit übernahm die Führung des Ringens, denn die deutsche Reichsleitung in unendlich günstigerer Schicksalsstunde ausgewichen war. Mit wirtschaftlichen Mitteln setzte sie den Kampf ein und hielt ihn durch, bis eben diese nur für kurze Zeit bestimmten Mittel, auf sich selbst gestellt, versagten. Auch jetzt, im Spätsommer und Frühherbst dieses Jahres, verzichtete die deutsche Politik, wie wir glauben, den günstigsten Zeitpunkt, ihrerseits nun den passiven Widerstand der Wirtschaft zur politischen Waffe umzuschmieden. Im Kampf allein um das wirtschaftliche Dasein des Volkes vergessen die Führer, daß nur staatspolitische Mittel die vom Gegner herausgeforderte staatspolitische Entscheidung herbeiführen könne.

Ob eine solche Entscheidung allerdings zugunsten Deutschlands ausfallen werde, war von vornherein wenig wahrscheinlich. Auf alle Fälle wäre der Zusammenbruch im Innern und der Bruch mit den Siegerstaaten zu einer Zeit gekommen, da unser Volk unvergleichlich besser für das letzte Ringen um sein Dasein ausgerüstet war. Was damals versäumt wurde, ist schließlich doch gekommen, trotzdem parlamentarische und außenpolitische Rücksichten das Einsetzen des Reichsministeriums Stresemann verhängnisvoll verzögerten und verhängnisvollen Einfluß auch auf Inhalt, Form und Farbe der letzten Regierungserklärung ausübten. Vor Wochen schon hatten uns drängten wir aus dem besetzten Gebiet zu einem neuen außenpolitischen Ultimatum, das wir auch heute der französischen Bankerotterklärung vorgesagt hätten!

In entscheidender Stunde aber muß gerade im Grenzkampf die Kritik, so notwendig sie für die Beurteilung der deutschen Politik für Vergangenheit und Zukunft sein mag, verstummen. Bei einer neuen Wendung unseres Geschicks sehen wir in großem, geschlossenem Bilde auf die zweite Phase des Weltkriegs zurück, der noch wie vor um im Ringen um den Rhein, um das Dasein des deutschen Volkes geführt wird. Auch diese Wirtschaftsepoche des großen Feldzugs ist verloren.

Als der große Aufschwung der Augusttage von 1914 gewann, durften die Frontkämpfer zur Sieg über Sieg in die Heimat vermelden. Jede militärische Niederlage hatte schon 1916 die große Welle und insbesondere die „neutralen" Länder ernüchtert und zu einer „Verständigung" vorbereitet, die dann dem Feind 1918 als reife Frucht in den Schoß fiel. Ganz ähnlich war auch der Ruhrkampf nur so lange „volkstümlich", als man von Entlassungen und Verhaften der französisch-belgischen Eindrecher sprach. Sobald auch eigene Opfer von der Gesamtheit verlangt wurden, als gerade das besetzte Gebiet immer neuen Protest und immer stärkere Munitionsersatz in Gestalt von Lohnsteigerungen und finanzieller Unterstützung forderte, schwand die Zuversicht im Reich in furchtbar schneller Folge dahin. Wie in der ersten militärischen Phase des Weltkriegs verdrängte die „Verständigungsbereitschaft" den Abwehrwillen der Kriegswochen. In erschütternder Hilfarbeit wollten die Verbündungen von Parteien und Berufsgruppen diesseits Bilder die Wirtschaftsfriede bereit aus dem Spalt zerbst 1918 zeigeglegt hat. Unsertige und bodenlose Hoffnungen auf Verständigung und Vertrauen des Gegners, Hoffnungen auf Ausgabe des reichen Wirtschaftsbesitzes. Vor der drängenden Not der Wochen und Monate, die über diplomatischen und parlamentarischen Verhandlungen unwiderstehlich dahinfliehen, verschwand selbst die „Ehrenforderungen" der Rückkehr der Ausgewiesenen und der Amnestie für alle Verurteilten, die doch Regierung und Parteien, Industrieleuten und Gewerkschaften in gemeinsamem Beschluß zur Vorbedingung für die Durchführung des Abbaus gemacht hatten. Im großen Rückblick auf die bisher durchlebten Epochen des Weltkriegs tritt der 26. September 1923 neben den 11. November 1918. Die zweite Phase des Weltkriegs ist verloren, ohne daß ein Ende absehbar wäre. Jenseits jener Zeit, die keinen Stillstand und keine Wiedergutmachung kennt, müssen wir vorwärts leben, so nicht doch neue Kräfte noch brachliegen, die Deutschland in der letzten Kriegsordnung zum Schutz seines nackten Daseins ins Feld führen kann.

Militärisch ist das Ringen beendet, und wirtschaftlich haben wir die Kapitulation bereits angemeldet, wenn auch die wahre Not um weiteren unserer Volksgenossen noch auch noch sich sichtlich und fühlbar werden wird. Geblieben sind uns nur unwägbare nationale Kräfte, die wir vielleicht unter dem Begriff nationaler Widerstandsfähigkeit zusammenfassen können. Wieviel wir Deutsche von diesen unsichtbaren, mitsprechenden Kräften noch besitzen, ist freilich fraglich und mag Anlaß zu Streit und Zweifel geben. Nur glauben können wir und hoffen! Nur das Vertrauen auf ein Staatswohl, das drüben jenseits der Zollgrenzen den Willen zum nationalen Leben selbst und mit diesem Lebenswillen die Zuversicht auf eine künftige Wiedervereinigung mit den ausgesiedelten Volksgenossen als teuerstes Gut hütet, kann uns in diesen Tagen schützen und halten. Mit aller Offenheit müssen und wollen wir uns selbst darüber klar werden, daß wir den Krieg militärisch und wirtschaftlich unrettbar verloren, und daß nur der moralische Kampf um das Reich- und Staatsgedanken diesseits und jenseits der neuen Grenze noch auszufechten ist.

Im ostbesetzten Gebiet wie im Ruhrgebiet sind wir aus alle wohl über den Ernst der Lage einig. Aus den Erfahrungen der letzten vier Jahre aber wissen wir, wie ungeheuer schwer es ist, nun auch breiten im Reich die Teilnahme des ganzen deutschen Volkes dauernd für Rhein und Ruhr zu fesseln. Wohl spricht man hier wie dort von der Notwendigkeit, um alles und neuhelfenden Reichs „Urvertrauensgedanken" zu pflegen, „bis spätere Zeiten vielleicht die Möglichkeit zur Wiedervereinigung schaffen". Gerade hier für Ostdeutschland, daß jenseits irgendwelcher Grenzen „amerikanische" Volksgenossen leben, setzt eine erste, äußerst schwere Verpflichtung voraus. Jeden einzelnen von uns und jenseits Deutschland muß fordern mit den Landsleuten im freien und doch so gefnechteten Deutschen Reich die Gemeinschaft verbinden, daß wir noch mitten im Kriege stehen, daß für „Wiederfreiheit" und „Wiederverfassung" erst dann Raum ist, wenn wir als freies Volk auf freiem Boden die Selbstbestimmung der Nation wiedererlangt haben. Die beiden müssen und wollen wir mit moralischen Kräften den Kampf weiterführen, den wir militärisch und wirtschaftlich verloren, weil wir in beiden Phasen des Weltkriegs Heer und Wirtschaft vereinzelt fechten ließen und ihnen den Rückfall eines siegreichseren Nationalbewußtseins versagten. Nur in solcher Selbstbesinnung können wir in die dritte Phase des gewaltigen Ringens eintreten. Nur dann werden Feldherren und Soldaten den Sieg erringen, wenn die Heimat festen und in innere Schwäche ihrer Stellung durch angeschlossenen Mut und durch unerschütterten Zuversicht — durch den Willen zu Reich und Staat erfüllen! Hermann Cobleng.

Der Kampf gegen die Minderheiten.

Ao. Warschau, 22. 10. (Eigenbericht.)

Die Vertreter der Minderheiten Polens im Sejm sind an Schikanen durch die polnischen Behörden gewöhnt. Es war also zu erwarten, daß die Minderheitenabgeordneten von den polnischen Behörden nicht respektiert, worüber eine im Sejm eingebrachte Interpellation der deutschen Minderheit näher berichtet. Trotzdem erregte es in Kreisen der Minderheiten großes Aufsehen, als Ministerpräsident Witos vor dem Sejm eine Liste der Minderheitsabgeordneten namentlich bezeichnete, gegen die von verschiedenen polnischen Gerichtsbehörden Anträge auf gerichtliche Untersuchung gestellt worden sind. Es befinden sich in dieser Liste, die beide Kammern überziehen ukrainische Abgeordnete, zwei weißrussische Abgeordnete und ein deutscher Abgeordneter, Landrat Naumann, dem der Grund für seine gerichtliche Verfolgung unbekannt ist.

Die deutsche Minderheit im Sejm hat diesen folgende Interpellationen vorgelegt:

1. Ueber wissentlich falsche Informationen der Ministerien durch die Unterbehörden. Die Interpellation verweist im besonderen auf die Fälle Lodzer Kamm, Kattowitz und Lodzer, durch welchen im Verwaltungsbereze den entsprechenden Ministerbehörden im Gerichtswege vorgegriffen werden soll.

2. Ueber Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Schriftstücken in Arbeitsräumen Gesellschaftsräumen deutscher Abgeordneter. Die Interpellation verweist im besonderen auf das politische Eindringen in das Arbeitszimmer des Abgeordneten Graebe in Bromberg.

3. Ueber die unsachgemäße Anwendung des Ausweisungsrechts gegenüber Reichsdeutschen deutscher Nationalität.

Die neuen Notverordnungen.

Verordnung zur Sicherstellung des Warenumsatzes.

Vom 22. Oktober 1923.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 943) verordnet die Reichsregierung:

§ 1. Der Verkauf von täglichen Bedarfsgütern im Kleinhandel teilweise, ist verpflichtet, seine für die Abgabe dieser Waren bestimmten Geschäftsräume während der Zeit der Ausübung dieser öffentlichen Verkaufsgut zur Abgabe von Ware geöffnet zu halten.

§ 2. Wer den Vorschriften des § 1 und 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft.

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus und Geldstrafe.

§ 3. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft.

§ 4. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 5. Wer es unterläßt, Gegenstände des täglichen Bedarfs im Kleinhandel sind verpflichtet, ihre Waren gegen Einrichtung des Preis im Reichsanzeiger zu bezeichnen.

§ 3. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft.

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus und Geldstrafe.

§ 4. Wer den zuständigen Behörde kann bei Landwirtschaftlichen gegen die Vorschriften der §§ 1 und 2 der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs unterbinden.

§ 5. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6. Wer es unterläßt, Geschäfte, Verkaufsstände oder sonstige Warenverkaufsstellen zu plündern, gewaltsam Waren wegzunehmen oder durch Androhung von Gewalt die Abgabe von Waren zu erzwingen, wird, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine härtere Strafe vermutet ist mit Gefängnis nicht unter einem Jahr bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus.

Mit gleicher Strafe wird bestraft, wer zu Handlungen der im Abs. 1 genannten Art aufreizt.

§ 7. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, für ausreichenden Schutz der Geschäfte, Verkaufsstände und sonstigen Verkaufsstellen für Gegenstände des täglichen Bedarfs Sorge zu tragen.

§ 8. Die obersten Landesbehörden sind befugt, Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erlassen. Bestimmungen der obersten Landesbehörde auf Grund weitergehender Ermächtigungen stehen unberührt.

§ 9. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Mit Verkündung ist die Verbreitung durch das Deutsche Telegraphenbureau in Berlin und die Veröffentlichung in der Presse.

Berlin, den 22. Oktober 1923.

Der Reichskanzler.
gez. Dr. Stresemann.
Der Reichsarbeitsministerium.
gez. Koch.
Der Reichsminister der Finanzen.
gez. Dr. Luther.

Ausgabe von wertbeständigem Notgeld durch die Betriebe.

(W. T. B.) Zur Behebung der Schwierigkeiten, die die Fortsetzung der Zahlungen der Volkswirtschaft und der daraus hervorgegangenen Stockungen des Warenumlaufs ergeben, hat die Reichsregierung eine Anzahl einschneidender Verordnungen erlassen. Neben diesen Verordnungen betreibt die Reichsregierung mit Hochdruck die Beschaffung Zahlungsmittel mit äußerstem Nachdruck. Um die Fertigkeiten bis zur Ausgabe der Notgeldes aufzufüllen, werden, wie schon bekanntgegeben, im großen Umfange Fleine Stücke der Goldanleihe verzeichnet und in Zahlungsmittel umgewandelt. Ferner ist mit großen Beschleunigung die Ausfertigung von Zwischenscheinen für bestimmte Zwecke in Gange begriffen. Die Regierung wird auch in allen gegebenen Fällen und unter den selbstverständlichen Bedingungen die Genehmigung erteilen, daß in dringlichen Fällen Scheine von sich aus auf kurze Zeit wertbeständiges Notgeld ausgeben und walten. Ueber die Einführung von Gutschecks von Banken wird verhandelt.

Die Wirkung dem Montag hat wieder gezeigt, daß die Zeit Verkäufe lediglich gelegentlich werden. Bei der maßgebenden Bedeutung, die die Devisenkurse für die gesamte innere Preisbewegung haben, liegt sich die Reichsregierung mit Hochdruck.

Eingriffen in die Kursfestsetzung

vorgenommen und hat deshalb die Vorschriften der Verordnung gegen den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschanweisungen zum Einheitskurse mit Wirkung, die Devisenkurse, die bis zum Montag, 22. Oktober, von sich aus auf kurze Zeit wertbeständiges Notgeld ausgeben und walten. Ueber die Einführung von Gutschecks von Banken wird verhandelt.

Die Wirkung dem Montag hat wieder gezeigt, daß die Zeit Verkäufe lediglich gelegentlich werden. Bei der maßgebenden Bedeutung, die die Devisenkurse für die gesamte innere Preisbewegung haben, liegt sich die Reichsregierung mit Hochdruck.

Eingriffen in die Kursfestsetzung

vorgenommen und hat deshalb die Vorschriften der Verordnung gegen den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschanweisungen zum Einheitskurse mit Wirkung, die Devisenkurse, die bis zum Montag, 22. Oktober, von sich aus auf kurze Zeit wertbeständiges Notgeld ausgeben und walten. Ueber die Einführung von Gutschecks von Banken wird verhandelt.

Der mangelnde Kohlenabfuhr.

Eine Erwiderung des Reichskohlenkommissars.

Zu der Sonnabend-Morgen-Ausgabe haben wir unter obiger Ueberschrift Ausführungen von Geh. Rat Kindner erhalten, die sich gegen die Kohlenkommissar des Reichsministeriums und nach Kohlen in den Bergwerksbezirken gewendig nachgelassen habe, von dem Reichskohlenkommissar gemachten Gang besonders scharf waren die Angriffe, die er gegen den Reichskohlenkommissar richtete. Wir haben daher Generalstaatskommissar, Herrn Geh. Rat Stump, sich zu diesen Angriffen zu äußern, wobei bemerkt sei, daß wir unterschiedlos eine Stellungnahme vorbehalten. Einem Mitzieht unserer Redaktion bemerkte Geh. Rat Stump u. a.:

Der Klöckner-Konzern hat mir stets besondere Schwierigkeiten gemacht. Als in diesem Jahre infolge der Ruhrbesetzung die Steinkohlenzufuhr unbefriedigend blieb und höchste Eile und die gerechte Verteilung der Produkten der besetzten Ruhrgebiete besonders notwendig war, überschreitet der Klöckner-Konzern trotz aller Ermahnungen auf seinen eigenen Werke das ihm zugeschlossene Kohlenkontingent und verminderte dadurch die für die Allgemeinheit verfügbar bleibenden Kohlenmengen weiter. Dadurch wird der Konzern angreifen und die Zechen des Klöckner-Konzerns einer besonderen Kontrolle unterwerfen müssen. Es ist ein Kampfmittel, das mir selbst wenig sympathisch; aber ich habe die Interessen der Allgemeinheit zu wahren, und da die Klöckner-Zechen als ein einziger Zechen des unbesetzten Gebietes mir nach jetzt nicht freiwillig ihren Kohlenbedarf decken, muß ich die angeordneten Kontrollmaßnahmen noch aufrechterhalten.

Geheimrat Klöckner soll sich außer im Preußischen Staatsrat auch Mitgliedern des Reichsbahnrats gegenüber — während meiner Abwesenheit — in Elsaß-Lothringen in der Lieferung von Eisenbahnkohlen geäußert haben; in Wahrheit wisse man nicht mehr, wohin mit den Kohlen. Eher wird immer überlegen, daß es eine Unzahl verschiedener Kohlenlieferer gibt und daß Ueberfluß an gewissen Sorten gleichzeitig Mangel an anderen Sorten vorhanden ist. Was an Lokomotivkohlen verfügbar ist, wird reichlich und bei Reichsbahn ausgeteilt. In dem Maße wird auch andere Verbrauchertreibe ihre Kohlenbedarf infolge Lohnbewegungen und auch anderen Gründen leptbin besonders stark, habe ich sofort die Zufuhr an Lokomotivkohlen bei der Reichsbahn verfügt. Tatsächlich liegt auch keine Tonne Lokomotivkohlen auf den unbesetzten Bahnsteigen und der Halde, sondern sofort auf den Rückversand, und in die letzten Tage hinein hatten die Klöckner-Zechen lediglich einmalige Mengen Kettelinsfohlen übrig, die für Lokomotivzwecke überhaupt nicht in Frage kommen. Ueberlegen habe ich bereits vor einiger Zeit, als die Abhaltbarkeitsfesten bei den Ruhr-Kundgebungen, den Dütsuzgsfestes-Konzernen beliebige Belieferung ihrer ausgeschlossenen Werke über deren Kontingent hinaus für den Fall freigegeben, daß sie die ihnen sonst verbleibenden Aufträge erfüllt hätten. Da aber wegen des Rückkommen der genannten industriellen Zechen vermutlich auch die Werke der Hüttenkonzerne jetzt weniger Kohle verbrauchen können, wird der Abkommand sich sofort auch bei den Hüttenzechen allmählich stärker werden.

Den Abbau meiner Behörde hatte ich übrigens schon vor zwei Jahre vorgesehen. Er ist lediglich während der Dauer der Ruhrbesetzung auf Weisung der Reichsregierung ausgeblieben und hinzu wie gerade das Klöckner-Konzern gilt, war ein Eingreifen des Reichskohlenkommissars während dieser Abberufung des Ruhrversuchs nicht möglich. Meine Tätigkeit war passive Widerstand aufgegeben worden ist, habe ich erneut den Antrag auf Abbau meiner Behörde gestellt. Die Lage der Kohlen zurzeit derart verzweigt hat, daß die Kohlenzufuhr nun wieder in der Kohlenverteilung nur noch in geringem Umfange nötig sind.

Zahlungsmittelen eine Vernehmung auf den Waren- und Dividenmarkte eingetreten ist.

Die Inhaber der Geschäfte in den Genehmigungsstände bei den Kaufleuten Behörde, die Kaufleute, werden für verpflichtet erklärt, ihre Verkaufsräume wenigstens für den üblichen Stunden zur Abgabe von Waren zu öffnen, und die Preise sowie ihre Waren gegen Zahlung deutscher Reichsmark abzugeben. Auf die Zuwiderhandlungen Bestimmungen sind Strafen und Zwangsmaßnahmen festgelegt. Außerdem kann die Verwaltungsbehörde die Schließung der Betriebe anordnen.

Gegen die Plünderung oder die gewaltsame Wegnahme sind die durch Drohung erzwungene Herausgabe von Waren werden schwerste Strafen angedroht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Morgenausgabe.)

Aufwertung der Umsatzsteuer.

Auf Grund der Steuerauswertungsverordnung vom 3. Oktober 1923 und unter Durchführungsbestimmungen vom 13. Oktober 1923 regelt sich die Entrichtung der Umsatz- und Zusatzsteuer künftig folgendermaßen:

Steuerpflichtige, welche im Jahre 1922 mur bis zu 1,5 Millionen Mark Umsatz gehabt haben, können die ihnen für 1923 obliegenden Vorauszahlungen in der Weise entrichten, daß Vierteljahre noch bis einschließlich 25. Oktober 1923 mit dem ursprünglichen Papiermarkbetrag und für das Vierteljahr vom 26. Oktober 1923 gelangen dabei die Zuschläge von 15 oder 30 % bzw. 40 min. % zur Erhebung.

Vom 26. Oktober 1923 ab haben dagegen die Kassen die Steuerschuld aufzuwerten.

1. Für die Umsatz- bzw. Luxussteuer bei 3. Vierteljahr (§ 122) ist der Gesamtbetrag der Steuerschuld zu errechnen gemäß dem für den 30. September 1923 geltenden Umrechnungsfaktor (Dollarkurs) gleich 5,19 Millionen Papiermark). Der Steuerpflichtige hat diese auf Goldmark umgerechnete Steuerschuld in Papiermark zu entrichten nach dem Dollarkurs, das nach dem amtlich festgesetzten Goldumrechnungsfaktor am Tage der Zahlung gilt. Der Goldumrechnungsfaktor wird täglich vom Reichsamt des Innern Dollarkurses vom letztvorhergehenden Werktage an neu festgesetzt und durch Aushang bei den Telegraphenämtern sowie in der Tagespresse bekanntgegeben. Gelt die Steuerschuld am 31. Oktober 1923 ein, so werden vom 1. November 1923 ab Verzugszinsen von dem Goldmarkbetrage erhoben.

2. Die älteren Rückstände werden laut besonderer Vorschrift auf den Goldwert des 1. September 1923 umgerechnet.

3. Künftig können diese Zensiten, denen weiterhin die vierteljährliche Abführung der Umsatzsteuer obliegen, die für einen abgelaufenen Vierteljahr ihre Schuld mit dem nach Maßgabe des Feuerstellstichen Umsatzes errechneten Papiermarkbetrage nach bis zum 7. des nächsten Monats begleichen (ohne Erhöhung). Je vom 8. ab ist aufgewertet zu zahlen.

II. Umsatzsteuerabgaben.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche 1922 mehr als 1,5 Millionen Mark Umsatz hatten, können die Umsatzsteuer aus den Umsatzen des Monats September 1923 noch bis zum 25. Oktober mit dem Papiermarkbetrage zu Goldmark zuzüglich nur bei 40 % Zuschlag zahlen. Bei älteren Rückständen mit mehr als fünf vorhandenen Prozentzuschlag. Vom 26. ab ist die Umsatzsteuer dieser Zensiten ebenfalls in der älteren Rückstände nach den Grundsätzen wie zu A aufzuwerten zu zahlen. Die Steuer aus den Umsätzen des Oktober 1923 können bis zum 25. November 1923 einschließlich 7. November durch Zahlung des (unerhöhten) Papiermarkbetrages tilgen. Vom 8. November 1923 ist die Zahlung erst zu leisten, vom 11. November 1923 ab unter Anrechnung der Verzugszinsen.

C. Die Steuerpflichtigen haben aber nicht über ihre Eingabungen bei den Finanzämtern zu berichten, sondern lediglich die Berichtigung, die höher ihrer Umsatzsteuer-Einnahmen und Steuerabschnitt dem Finanzamt anzubrichten anzugeben. Dafür ist Fritt zu A je für ein abgelaufenen Vierteljahr und zu B für ein Tage des folgenden Monats, zu B für jeden Kalendermonat bis zum 10. des nächsten Monats. Gegen Steuerzahler, welche ihre Umsätze zu niedrig angeben, wird das Strafverfahren einzeleiten. Die Finanzämter, im Zusammen 1924 erstatten, der allgemeinen Umsatzsteuer (ist 2 %) noch für das ganze Jahr 1923 die wortgleichen Zuschläge zu der Steuerrechnung abgegeben, bleibt dunken bestehen.

D. Die monatlichen Durchführungsfristen für die Aufwertung der Umsatzsteuer werden künftig je am 2. oder 3. des Monats durch den Reichsanzeiger und die Tagespresse bekanntgegeben.

Gestunungsschlüssel.

Zu unserem Artikel „Die Hebe gegen das Reichspensionsamt" vom 16. d. M. erlassen wir noch, daß dem Wiser von Kolzwede bald nach Gründung der Gemeinde der Kinderreichen vom Reichsminister des Innern (geb. Dr. Fald) gewährlich wurden ist. Die beiden Kinderlisten, die bei der Gründung der Kinderreichen vom Entwendung angefertigt haben, sind unbekanntlich im Blut geblieben. Das Schriftstück — welches Dokument — ist nach Ansicht unseres Standpunkt aus, mit noch eigener Prüfung letztlich konnte — ist übrigens nicht, wie irrtümlich berichtet, ein Schreibstück des Herrn v. B., sondern aus der Studdse eines Kanzleirates des Reichsministeriums.

Durch die vorgesetzte Behörde wird also, gewollt oder nicht gewollt, das Angebotrum unterstützt. Der Wiser bezeichnet, welcher den unrechtmäßigen Einzirff in fremdes Eigentum zur Anzeige gebracht hat, nicht. Wir Wolmacht versehene Regierung baldigst mit den Zuständen in den Kreisen der Reichsministeriums bekanntgemacht.

Sozialpolitische Umschau.

Auf Grund § 1 Abs. 1 des Ermächtigungsgesetzes hat die Regierung eine **Verordnung über die Aufwertung der Löhne für die Entwicklungsfürsorge unter dem 13. Oktober 1923** erlassen, die in unserer Umsicht Urgentsilien und Bildung zur Aufwertung der Lohnsteigerungen auf eine völlig neue Grundlage stellt. Während bisher nach der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge die Lohnsteigerungen der Erwerbslosenfürsorge ausschließlich vom Reich getragen und auf zentralem Wege auf die einzelnen Gemeinden verteilt wurde, sollen jetzt die Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Aufbringung der Finanzsteilen Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, zum Teil unmittelbar Zeile herangezogen werden. Die Verordnung geht von dem Grundsatz aus, daß in Zukunft jeder Betrieb einen öffentlichen Arbeitsnachweises selbst für die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge aufzubringen hat. Der Beschluß von Reich und Landern, sorgen soll. An Stelle der bisherigen Zentralisation in der Erwerbslosenfürsorge ist also eine dezentralisierte Dezentralisation, abgeleitet auf den Betrieb des öffentlichen Arbeitsnachweises, getreten.

Auf diese Grundlage soll in Zukunft der bei einem öffentlichen Arbeitsnachweis auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes errichtete paritätische Beirat Beschlußfassung über die Beitragsleistung der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gemeinden zur Deckung des notwendigen Gesamtaufwandes für die Erwerbslosenfürsorge im Bezirk des betreffenden Arbeitsnachweises aufzubringen haben. Dabei haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gleichen Beiträge und zwar ungefähr ein Viertel, die Gemeinden ein Fünftel für die Kosten der Erwerbslosenfürsorge aufzubringen. Die Höhe der Beiträge wird in die Form der Beiträge zur Krankenversicherung gesetzt, die nach einer Lohnstufe bei den Krankenkassen erhoben werden müssen als diejenigen Wirtschaftsbezirke in Betracht, in denen die Wirtschaftslage günstiger und damit die Arbeitslosigkeit geringer ist. Daß dieser Zustand an sich unerträglich ist und dem gesetzlichen Gebot der Herstellung einer allgemeinen gleichmäßigen Belastung der gesamten deutschen Wirtschaft widerspricht, liegt auf der Hand; die wirtschaftliche Schwierigkeit aber, eine derartige gerechte Regelung in der durch die finanziellen Verhältnisse des Reiches gebotenen Eile durchzuführen, bedeutet eine derartige vorübergehende Regelung in der Organisation der Aufbringung der Mittel notwendig gemacht. Der Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes der zurzeit im Reichstage den Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses unterliegt, und der noch nie vor von zwei der letzten Verordnung beschlossen wurde, schließt neben der Bestimmung des Sozialpolitischen Ausschusses unterliegt, und der noch nie vor von zwei der letzten Verordnung beschlossen wurde, schließt neben der gleichmäßigen Belastung der deutschen Wirtschaft mit den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge.

Die Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 13. Oktober 1923 regelt lediglich die Frage der Finanzierung der Lohnsteigerungen, die bis zum 26. Oktober, ohne die Frage irgendwie zu erwähnen, unter welchen materiellen Voraussetzungen dem einzelnen Arbeitnehmer ein Lohnsteigerungsanspruch zusteht, bestehen soll. Diese Frage ist vielmehr noch wie vor der entscheidende Punkt der Verordnung. Die Verordnung, die bis zum 26. Oktober 1923 ausgelassen hat, die Frage zu lassen, die im wesentlichen für die Bemessung der Unterstützung Arbeitslosigkeit und Arbeitswilligkeit des einzelnen Arbeitnehmers bestimmt.

Die Höhe der Unterstützung, und zwar der vollen Unterstützung wie der Kurzarbeiterunterstützung, ist nach der Verordnung vom 26. Oktober 1923 einem einzelnen Arbeitslosen die Unterstützung gewährt wird, das der Gesamtbetrag der Lohnsteigerung der Verordnung folgend, der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises seit er ist jetzt bald nach Gründung, das ist in Zukunft jeder Betriebsminister im Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter aufzustellen hat.

Die neue Verordnung tritt am 1. November 1923 in Kraft.

Beamtenabbau.

Am Montag haben im Reichstagsausschuß einem der Reichsminister des Innern, der Finanzen und Arbeit Beamtenkommissionen über den Beamtenabbau gesonnen.

Bei den Beratungen konnte festgestellt werden, daß seitens der Beamtengewerkschaften durchaus Verständnis für die traurige finanzielle Lage des Reiches vorhanden ist, daß man auch in diesen Kreisen der Notwendigkeit einer Einschränkung des Beamtenkörpers Verständnis entgegenbringt.

Großstädte ohne Straßenbahn

Von

Siegfried Hartmann.

Wie leben in der Gegenwart unter der Trennung von Wohnung und Berufsstätte. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß diese Trennung an sich durch die ganze Entwicklung unserer Kultur- und Wirtschaftsmethoden wohl begründet ist. Aber wenn wir sehen aus den Gründen davon abgekommen sind, nach der Art des mittelalterlichen Handwerks Wohnung und Arbeitsstätte an den Stätten unmittelbar zu verbinden, so ist gewiß eine Grenze dafür, daß wir Berufsstätten und Wohnung so fort voneinander getrennt haben, wie das in der Gegenwart der Fall ist.

Als Techniker bin ich mir sehr wohl bewußt, daß gar manche Fabriken mit lärmigem Bärm, manche auch mit unangenehmer Geruchsentwicklung verbunden sind. Es ist mir auch klar, daß bei einigen wenigen Arten wir heute noch keine Möglichkeit haben, die von ihnen ausgehenden Belästigungen der Nachbarschaft auf ein erträgliches Maß herabzumindern. Das aber sind Ausnahmen. In den letzten 30 Jahren hat sich der Charakter der Fabrik völlig geändert. Die meisten unserer gewerblichen Arbeitsstätten, von Handelsunternehmen ganz zu schweigen, lassen sich in einer Weise gestalten, daß sie die Umgebung nicht verunreinigen. Die meisten Fabrikbauten der letzten Jahrzehnte liefern den schlagenden Beweis hierfür. Sie brauchen weder „schwere Mauern" zu haben, noch „unaufmende Schlote". Es liegt gar kein vernünftiger Grund vor, sie mit Auflagen zu belasten und in Bezirken „Fabrikviertel" zu verweisen und die Wohnungen der Bürger so weit wie möglich von ihnen zu trennen.

Dieser Gedankengang hat aber jahrelang den Städtebau beherrscht, und beherrscht ihn noch heute. Das ist eine der größten Torheiten, die das lebende Geschlecht sich muß auf sein Konto schreiben lassen. In dieser Form liegt die Ursache für besonders schädigungen mannigfacher Art, denen mir heute fast rattos, jedenfalls zatenlos gegenüberstehen. Das großstädtische Verkehrsnetz, und das so viele so stolz sind, ist künstlich geschaffen worden. Man hat Straßenbahnen und dergleichen von einem Stadtende zum anderen gebaut, damit auf diese Weise die Ueberbrückung der erst künstlich geschaffenen Entfernung einigermaßen erträglich wird.

Millionen Menschen müssen jetzt die Stunden der Bäder dadurch büßen, daß sie Tag für Tag ihres Lebens eine halbe, eine ganze Stunde, so mitunter noch länger in einem vollgepfropften Verkehrsmittel in schlechter Luft zubringen müssen. Ein erheblicher Teil der uns zur Verfügung stehenden Zeit wird auf diese Weise vertan, der Arbeit wie auch der Erholung entzogen. Man fragt sich, ob das vernünftig ist, ob man so etwas Kulturfortschritt betiteln darf.

Ergebnis: die starke räumliche Trennung von Wohnung und Berufsstätte, die für den ganzen modernen Städtebau und Siedlungsbau kennzeichnend ist, führt zu einer Verminderung der Lebenskreise, eine Verschwendung von Zeit und Geld für alle Betroffenen.

Vor mir liegt eine Broschüre von Dr.-Ing. Erich Gloeden, betitelt: „Die Inflation der Großstädte und die Heimstättenfrage" (Verlag des Zirkel in Berlin.) Sie gehört zu dem Besten, was ich über die Frage gelesen habe. Ich sage damit nicht, daß ich mir ihre Ausführungen in allen Teilen zu eigen mache. Der Verfasser hat sich aber das Verdienst erworben, in klarer Sprache die großen Gesichtspunkte scharf herauszuheben, die uns bei der Lösung der Wohnungsfrage leiten müssen. Der allem beliegt er den Mut, gegen seit eingenurzelte Anschauungen anzugehen. Er führt den Beweis, daß es notwendig ist, daß es möglich ist, die Städte zu bauen ohne die uns allen unentbehrlich dünkende Fülle von städtischen Straßenverkehrsmitteln. Seine Stadtsiedlungen haben keine Straßenbahn, keine Omnibuslinien, ihre Bewohner gehen, soweit sie gesund sind, normalerweise zu Fuß nach unserer Großstadt. Der moderne Mensch wird sofort bereit sein, das Ungesunde dieses Zustandes, der er die Entwicklung der modernen Straßenverkehrsmittel als einen großen Fortschritt anzusehen gewohnt ist, da er nicht erkennt, daß sie lediglich in normalerweise Uebel sind, entwickelt, um die in Städtebau der letzten Jahrzehnte begangenen schweren Fehler einigermaßen erträglich zu machen.

Leider lassen sich die so gehaßtesten Verhältnisse nicht von heute auf morgen ändern. Wohl aber liegt es in unserer Hand, die Fortsetzung dieser als solch sich schädlich erkannten Bauartist zu verhindern. Gloeden macht positive Vorschläge, die ich im wesentlichen für wohldurchdacht und praktisch durchführbar halte. Auf die Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen, ja ich nur es absichtlich nicht, weil ich die Erfahrung gemacht habe, daß bei Besprechungen von Detailplänen sich die Diskussionen sofort an irgendeine nebensächliche Einzelheit anklammern. Gloeden sieht einen völligen Neubau der Städte vor. Wenigstens kann er so verstanden werden, und dem möchte ich im Interesse der Richtigkeit und Wichtigkeit der grundsätzlichen Frage widersprechen.

Diese lautet: Jeder Bürger soll so wohnen, daß er in höchstens 15 Minuten Fußmarsch von der Wohnung zu seiner Arbeitsstätte gelangen kann. Das ist das Wichtige. Es fragt sich nun: läßt sich diese Forderung allgemein erfüllen? Bei Neubau von ganzen Städten? Bestimmtig nicht. Doch mit mehr oder minder großer Annäherung. Und das ist das, was ich Vor allem hinzufügen möchte: wir müssen heute alle unsere Reformvorschläge darauf einrichten, wenn die Möglichkeit der Erfüllung besteben soll. Gerade das ist der Vorwurf, den ich so

Unpolitische Tagesschau

Berlin, den 23. Oktober 1923.

Die Burgstraße.

„Wie wird die Börse heute werden?" Vom Portier bis zum Milliardär hört ich diese Worte . . . nervös und manchmal hastig gesprochen. Irgend etwas wie Spannung liegt über Berlin; etwas Vorausgeahntes lauerndes . . . Die Luft ist mit Kurzelektrizität geladen; Wolkengruppen ballen sich und dräuen drohend zusammen . . . Die Fäden sind schwerer Wetterwolken schwebt über uns und das wuchtigste Gewitter . . . wir denken, wir fühlen, wir kombinieren, wir fusionieren, wir spekulieren . . . 11 Uhr . . . 12 Uhr . . . 12½ Uhr . . . Hochspannung!

Feste Kurse. . . .

Feste? Schwach? Behauptet? Lustlos? Alle Gesichter deuten: die Börse ist fest und lebhaft. Tausende von Menschen lächeln wie befreit vom Schmerz: der Portier, die Wachfrau, der Kaufmann, der Bankier, der Lehrer, die Zippdame, der Großspekulant. Selbst die Kasse lächelt, die morgen vielleicht traurig blicken. Die Autos rasen . . . denn die Börse verkehrt in frohmutiger Stimmung, die jungen Damen essen zweimal verdoppelte Schlagsahne, denn Lorenz und Maldenthal steigen.

Der Lehrling aber schreibt einen Rohrpostbrief seiner geliebten kleinen Martha . . . heute fährt er mit ihr in Gottes schöne Natur hinaus, der Gemeinste!

2½ Uhr . . . die Börse schließt schwach: politische Nachrichten und dies und das und das und dies . . . ! Verflixte Burgstraße: Schlagsahne, Auto, Rohrpost . . . Welch eine falsche Spekulation. Die Karsdame in der Burgstraße ist im höchsten Grad hysterisch: sie müßte in eine Nervenheilanstalt gebracht werden. E. H. St.

Der Versprecher in den Schulen.

Der Berliner Magistrat hatte für das Rechnungsjahr 1923 aus Ersparnisgründen die Besoldungen aller Fernsprechanschlüsse in den höheren Lehranstalten der Stadt angezohnt. Es haben sich aber infolgedessen bald Mißstände und Erschwernisse ergeben, die die Stadtverordnetenversammlung eine Nachprüfung beschloß. Der hierfür eingesetzte Stadtverordnetenausschuß erteilt jetzt den Magistrat, den Fernsprechanschluß an allen Schulen zu belassen oder neu einzurichten, bei denen nachgewiesenermaßen dadurch eine Besseruug des dienstlichen Verkehrs mit den Behörden Umhalt zu und die Dauer ersparen ist.

Die erste Frau in der Handwerkskammer.

An Stelle des verstorbenen Schneidermeisters Hannig ist in der zweiten Abteilung der Gewerbekammer in Berlin Frau Anna Wiesmann in Berlin als Ersatzmann eines Mitgliedes der Handwerkskammer bis zum Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode gewählt worden. Damit tritt zum ersten Male eine Frau in die Handwerkskammer zu Berlin ein.

Sabotagezeit auf der Hamburger Eisenbahnstrecke.

Aus Hamburg meldet uns ein Eigenbericht. Auf der Hamburg—Lübecker Strecke sind in der vergangenen Nacht von einer Bande die Geleise ausgerissen worden. Ein Zugunfall ist aber noch rechzeitig verhindert worden. Von Lübeck kommende Reisende mußten zu Fuß ihren Marsch nach Hamburg fortsetzen. Hierbei trafen sie unbemerkte Polizeiuniformen, deren Träger nicht festzustellen war. Die Polizeifrifte abgelandt, um dem verbrecherischen Vorhaben Einhalt zu tun und die Täter dingfest zu machen.

Das Reisegepäck des Polarforschers.

Fritjof Nansens Reisegepäck, das, wie bekrichtet, am 4. Oktober bei Bitterfeld gestohlen wurde, ist durch die Bitterfelder Kriminalpolizei wieder aufgefunden worden. Die Gegenstände hatten die drei Diebe unter sich verteilt; die Kommen nur mit großer Mühe wieder herbeigeschafft werden. Als Täter sind drei Arbeiter aus Bitterfeld ermittelt und festgenommen worden.

Freier Wohnungsmangelsoziel.

Durch das neue Wohnungsmangelsoziel ist der Wohnungsmarkt unter folgenden Voraussetzungen grundsätzlich freigegeben: Die Tauschpartnern müssen im Besitze selbständiger benutzter Wohnungen sein und entweder vor dem 1. Januar 1914 in Deutschland ihren Wohnsitz gehabt haben oder deutsche Flüchtlinge oder Vertriebene sein. Zum Tausch müssen die Vermieter schriftlich zugestimmt haben. Verweigert ein Vermieter die Zustimmung, so kann sie von dem Mietseinigungsamt ersetzt werden. Die Tauschpartnern haben zwar auch beim Vorliegen dieser Voraussetzungen

Der zerfägte Vogel.

20 Metalldiebe verhaftet. — „Abmontierte" Lokomotiven.

Großes Aufsehen erregte am Neujahrstage dieses Jahres der Diebstahl des Vogelstandbildes auf dem Leipziger Platz. Hier war während der Nacht einer der Kämpfer, über zwei Zentner schwer, vom Sockel abgesägt und davongetragen. Der Diebstahl erfolgte für seinen Partner, nahm ihn ebenfalls weg und brachte ihn in Sicherheit. Jetzt ist es dem Kriminalkommissar Franzen, der seinen Examen gelungen, diesen Diebstahl und in Verbindung damit andere große Diebereien aufzuklären und gewaltig Mann unter Schloß und Riegel zu bringen.

Hauptsächlich waren an Arbeiter Fritz Wahlke aus der Mantenfeistraße und an Arbeiter August Rohfs aus der Mariannenstraße. Diese bezeben gewerbsmäßigen Metalldiebe hatten auch ein Auge auf die Bogenlampe geworfen. Mit ihren Frauen und ihrem Anhang machten sie sich in der Neujahrsnacht auf, zunächst einmal den einen Kämpfer zu holen. Während von der benachbarten Kirche die Glocken das neue Jahr einläuteten, und auf der Straße der übliche Lärm erzeugt anhub, setzten sie mit Erfolg ihre Metallsäge an und schafften die schwere Beute zunächst zu Wahlke nach der Mantenfeistraße. Hier zerlegten sie den Vogel in mehrere Teile. Am nächsten Sonntag schafften sie ihn zu einer Frau Hoffmann in der Kopenicker Straße, und ein Arbeiter Ott, der dort beschäftigt war, zerkleinerte ihn noch weiter. Dann wurde er als Altmetall verkauft.

Diese Diebe suchten planmäßig auch Kirchen und Friedhöfe heim und stahlen, was sie an Metall darf fanden. Auch in der Nachbarschaft und in entfernteren Orte machten sie Streifzüge, nach Bernau, Groß Schönebeck usw. An einer Stelle deckten sie das Dinfbleck von der Stadtmauer ab, an einer anderen einen Teil des Kupferdaches der Kirche. In den Stadtbahnbogen vor dem Ostbahnhof und seine Mitte vor ihnen sicher. An einem Orte montierten sie eine ganze Lokomotive ab. Das Hauptbetätigungsfeld der Bande aber war die Station Glienen an der Berlin-Hamburger Bahn. Hier stehen auf vielen Geleisen immer Hunderte von Eisenbahnwagen, die noch und noch in die Reparatur gebracht werden. Ein paarmal in jeder Woche machen Züge mit Rohfs bertiten ihre Kunstäge und unterbinden die Wagen so genau, daß sie ihren Metalltesten nicht viel mehr zurückließ. Die größeren Teile schafften sie gleich an Ort und Stelle oder an benachbarten Wälde. Mit zeitunerschwerten Socken beladen fuhren sie jedesmal auf Umwegen nach Berlin zurück und verkauften hier ihre so hare Beute. Wenn die Wagen nach der Werkstatt kamen, besonders sie mitunter noch aus dem Geleisfeil.

Die Geschäfte gingen so gut und waren so lohnend, daß die Bandbiebe nach und nach auch andere Wege als Träger mitnahmen. Diese machten sich „selbständig" und zogen nun wieder mit anderen Helfershelfern, Verwandten oder Bekannten, ebenfalls Diebe. So erstiegen den Urhebern eine bedeutende Konkurrenz, dem Eisenbahnfiskus aber ein Verlust von Millionenwerten. Das erbeutete Gut, nicht nur Metall, sondern auch Stoffe und Leder von den agroßlerten Bänken, wurde überall an Altmetallgeschäfte verkauft. Im ganzen wurden bisher 20 Beteiligte festgenommen.

Der seit fünf Monaten in Breslauer Untersuchungshaft sitzende angebliche Franzenrat Wilchalski ist gestern nach mit dem Einbrecher Kühn zusammen aus dem Gefängnis entkommen.

Sebensmittelpreise von heute.

In den Berliner Markthallen waren am 23. 10.:

Preise in Millionen Mark:	
1 Pfund Rindfleisch	500 — 8000
1 „ Schweinefleisch	400 — 4000
1 „ Hammelfleisch	3000 — 5000
1 „ Kalbfleisch	—
1 „ Kleinrindfleisch	14000 — 15000
1 „ Kleinschweinefleisch	6000 — 8000
1 „ Schmalz	8000 — 10000
1 „ Rindertalg, ausgel.	7000 — 8000
1 „ Pflanzenfett, tote	600 —
1 „ Speisetauschfett	155 — 350
1 „ Kaffee roh	12000 — 14000
1 „ Tee	12000 — 10000
1 „ Kakao	4000 — 5500
1 „ Zucker	1500
1 „ Weizenmehl	220
1 „ Weizenmehl	240
1 „ Bohnen	600 — 800
1 „ Weißbohnen	1400
1 „ ges. Mohrrübe	500
1 „ Rotkohl	400
1 „ Schwarzkohl	600
1 „ Blumenkohl	4500
1 „ Wirsing	500
1 „ Kartoffeln	300
1 „ Kartoffelmehl	150
1 „ Stampfer	200
1 „ Obstmarmelade	6000 — 8000
1 „ Hammelnieren	1400
1 „ Kalbfleisch	600
1 „ Fischhuhn	5000
1 „ Ei	440

Filmschau.

Inge Larsen.

Daß nichts Gutes dabei herauskommen kann, wenn ein leibhaftiger Baron, der mit seiner Vorzeit bei dauern Begang in der Leibhaftigkeit verschlagen wird und sich bei dieser Gelegenheit in ein Fischermädchen verliebt, dieses simple Ding von Inge Larsen ein zweites Mal zu seiner Frau und einer Dame der großen Welt macht — daß dabei nichts Gutes herauskommen kann, um das zu wissen, hatte man nicht eine Minute lang vonnöten. Aber das ist ja so ein Ding der Hoffen. Die „Inge Larsen" der Film taucht in den Rammelschlitzelei; ist nämlich offensichtlich Grade für Grade Perlen aufbrechen (vom Carl Ballmüller). Es soll eine Portemonnaie sein, wie die berühmte Rose Bernd eine gewesen ist, und ist das (mit mir Inge Larsen vorbeiziehen. Die Handlung geht seinen originellen Zug. Alle jenigen Möglichkeiten sind sauber herausgearbeitet, das Filmmanuskript der Ausbeutung Personen ist gut, aber man vermißt doch so ziemlich alles, was den Film über das Mittelmaß herausheben könnte. Den Magistrat (Steinrück) kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß ihm peinliche Fehler entgangen sind. Die Meinung der großen Seefahrer geht bei sanftem Wellengeräuschler von sich Langenbuhlich hoher Seegang", der Programmansage. An solchem muß man furmüdes Wetter abgewartet werden. Und dann: der Baron überfällt Inge Larsen beim Zeitunglesen mit der Frage: „Na, Inge, wie steht der Dollar?" Das wird furchtbar abgeschmackt, zumal das Stück in Dänemark spielt, wo sich das Fischerdorf den Zeitpunkt um Stand des Dollars kümmert. Die Mitspielenden geben sich alle erdenkliche Mühe: Paul Otto als Baron, Hellet Cola als mondäne Hinsicht des Fischermädchens und Paul Hansen als ähnlich verschmähter, dann endlich im fünften Akt freiwilliger Verzicht. — Warum — so fragt man sich immer wieder — hat sich Frau Porten so mit Haut und Haaren dazu hergegeben, sich verfilmen zu lassen? Wer hat diese beste deutsche Filmschauspielerin für einen ihrer eigentlichen Kunst entfernter? Die Zeit ist so unendlich, daß uns gute Lustspiele nicht schaden könnten. Warum entzieht man Henny Porten der ihrem Talent von der Natur angewiesenen Aufgabe?

Zeidra.

Die Tragödie eines Modells" ist der Untertitel des neuen Terra-Films „Zaida" in den Richard-Oswald-Atelier-Ateliers. Es handelt sich um ein gewerbsmäßiges Modell. Die Frau eines reichen Advokaten, der eine wissenschaftliche Forschungsreise, nach Afrika unternimmt, verliebt sich impulsiv in einen Maler und gibt ihre Schönheit seiner Kunst und sich dann einer Kunstliebhaberin, deren Gatten, dem Stand verschreiben, der Abvokat sehr zurück, und mit Anstoßen entdeckt der Maler, als er das erste Mal in jenes Oend tritt, daß Zaida die Gattin seines guten Bekannten ist. Er will alle Beziehungen zu ihr abbrechen. Er verlobt sich auch mit einer jungen Dame aus der vornehmsten Gesellschaft. Aber Zaida läßt an ihrer Beherrschung fest. Als sie das Atelier des Malers in seinen Abwesenheit wieder besucht, entdeckt sie dort durch Zufall ihr Mann. Er will sie töten. Doch er bringt es nicht übers Herz. Sie begeht Selbstmord. Der Verdacht fällt auf den Maler. Der Advokat könnte den Sachverhalt aufklären. Aber das Gefühl der Rache läßt ihn schweigen bis die Braut des Malers, die hinter das Geheimnis kommt, den Advokaten zum Sprechen bringt.

Die Vertilmung dieser spannenden Handlung unter der Spielleitung von Holger Madsen und mit den Akteurinnen geschieht, so daß der Eindruck auf die Zuschauer stark war. Nur hörte an einigen Stellen die Illustrierung gewisser Motive. Die Darsteller, Gertrud Wolker, Alfred Abel, Hans Mierendorff, Marie Malkowska, waren vorzüglich durch die natürlichen, von Uebertreibungen freies Spiel. — el.

Donau und Rhein.

Mutter Donau und Vater Rhein werden in ihrer Herrlichkeit erscheinen in dem Schauspiel gleichen Titels, der gegenwärtig von der Allgemeinen Filmgesellschaft Berlin-Hamburg gedreht wird. Die umfangreichen Außenaufnahmen mit wunderbollen Rhein- und Donauportrien mit Wien und der Wachau, mit Passau und den bayerischen Alpen, Südtingen und dem Rheinfall sind beendet. Aufnahmen gehen häufig im Ufa-Atelier zu Berlin in Neuanmaßungen über so hält. Namhafte Darsteller, wie Rita Clermont, Illy Clearing, Illy Grüning, Lilly Flohr, Karl Ruen, Karl Ludwig Diehl, Karl Leisser und Heinrich Peskel tragen die Handlung, deren Idee von Joh Hermann Wilke stammt. Die Uraufführung soll noch in diesem Jahre erfolgen.

Auswärtige Börsen und Warenmärkte.

Danziger Börse.

	22. 10. G	22. 10. B	20. 10. G	20. 10. B
Dollar-Kurs	5286750000	5318250000	1895200000	1904750000

Pariser Börse.

	20. 10	19. 10		20. 10	19. 10.
3 % Frz. Rente	—	58,10	Platin	410,00	416,00
5 % Frz. Anl. 13	—	60,2	Rio Tinto	44,37	44,43
6 % m. an. Anl.	—	66,05	Suez Kanal	—	27,00
Chaux. ant. A	—	—	Goldfields	37,21	38,75
4 % Jap. A. 10	—	205,00	Rudersdorf. B.	68,00	69,25
6 % T. o. A.	—	—	Thomas Bessel	85,50	—
Frz. ann. A.	—	25,90	Saint Marie	21,75	21,50
5 % ung. A. ab	—	31,30	D-Bergbauges.	99,25	99,50
4 % Jan. Ant.	—	56,10	Bako A.	270,0	2580,00
Turkenlose	—	108,00	Lanomoff	575,00	147,00
4 % Frz. Franzo	—	100,00	Kaukas Russe	155,00	156,00
B. de Paris	—	511,0	Russo 03	15,75	15,75
Cred. Lyonn.	—	620,00	Fabrik	350,00	369,00
Le Crenot	—	—			

Londoner Börse.

	20. 10	19. 10		20. 10	19. 10
2½ Konsols	58½	—	Goos. Goldfield	—	—
4 % Japan	—	—	Rio Tinto	—	19,43
5 % Jap. Anl.	—	—	Anglo Dutch	35,5	36,0
4 % Frz. Anl. 99	99,50	99,50	Anglo Persian	7,5	7,5
4 % Deutsche	14,25	14,25	Kaffeinen	24	27,5
4 % Japan 1905	104,00	104,00	Tongagruben	17,3	17,3
5 % Russen	—	—	Ja Guano gem	3,5	3,5
5 % Mex. 1899	—	56,50	Rio Tinto	31,00	32
5 % Russ. 1906	11,00	11,00	Anglo Mexican Trust	29,0	27,3
4 % „ 1909	5,00	5,00	Anglo Amerat.	—	3½
Mexicans Eisen	1,00	1,00	Anglo Persian	—	—
San Paulo	140,00	140,00	Wi. Vers.	—	—
Canadian Pac.	119,50	120,00	Gaspéfi. Pfd.	—	—
Southern Pac.	95,00	95,00	Rec. Anglo	21,75	21,5
Brazil. Stadt	—	—	Brazil. Stadt	35	35
East Rand . .	—	6,5	Brazil Transp.	3	3½

London, 22 Oktober. (Nachtrag.)

	22. 10	20. 10		22. 10	20. 10
Belgien	367,50	367,50	Athen	28,5	272,50
Holland	82,50	82,50	Lissabon	2,75	2,75
Christiania	79,00	79,50	Tokio	125,00	115,0
Kopenhagen	295,50	298,50	Prag	115,25	115,875
Stockholm	17,31	17,14	Sofia	410,00	470,00
Reikjavik	16,37	16,71	Warschau	3 200,00	1 000,000

Ueberseische Wechselkurse auf London.

	Saturnus	Parlar	22. 10	20. 10
Kontreal	4. 1. 4	4,86	4,87	4,87,00
Alexandria	Pfd. 1. 1. 4	4,0	97,0,375	97,0,875
Buenos	4. 1. 1. Sp.	24 d	14,0375	14,0
Montevideo	4. 1. 1. Gold	—	1,0,1,0	1,0,1,0
Manila	4. 1. 1. Doll.	24,06 d	2,3,75	2,2,125
Shanghai	4. 1. 1. Tael	—	1,0,8,75	1,0,0,75
Singapore	4. 1. 1. Doll.	—	2,4,1,625	2,4,15625
Yokohama	4. 1. 1. Yen	24,55 s	—	—
Bombay Ar.	4. 1. 1. Doll.	47, d	36,11,875	39,00
Lima	4. 1. 1. Pfd.	par	—	—
Mailand	4. 1. 1. Doll.	51 d	35,75	39,875
Madrid	4. 1. 1. Pfd.	39 d	30,0,75	31,0,75
Valparaiso	4. 1. 1. d.	8 13,	32,70	37,10
Kopenhagen	4. 1. 1. Doll.	24,30 d	25,00	25,00

Warschauer Börse.

	22. 10. G	22. 10. B	20. 10. G	20. 10. B
Bank Handlowy	780000	800000	750000	760000
Bank Przemysl	—	—	—	—
Bank Polski	310000	320000	—	—
Bank Przemysl	—	—	—	—
Lowy, Lemberg	155000	147500	140000	132500
Warbank	—	—	115000	110000
Bank Zwiazku	—	—	110000	—
Firle	210000	200000	200000	210000
Lilpop	160000	3 000	60000	60000
Goplanki	210000	210000	190000	220000
Lilpop	160000	160000	150000	160000
Ostrowska	280000	270000	200000	1040000
Starachowice	620000	640000	9 000	620000
Tarnovitz	—	—	1 000	110000
Ferbal	3000	3 000	47000	—
Polska Rafin.	110000	115000	100000	110000
Nobel	300000	310000	3 000	—

New Yorker Börse.

	22. 10 G	22. 10 B		22. 10 G	22. 10. B
Atchison Top.	96	96½	Keating	45½	46½
do. pref.	—	87½	St. Louis & S. F.	—	—
Baltimore	56½	56½	Southern	33½	33½
Canadian Pacific	119½	119½	Southern Pacific	—	—
Chesapeake	66	66	Texas Pacific	—	—
Chicago Milw.	44	44	Union Pacific	137	137
do. North Western	30½	31½	Wabash pref.	—	31½
Colorado Fuel	35½	35½	American Can.	—	55½
do. North. pref.	33½	33½	Am. Cotton Oil	—	15½
Delaware Hudson	84	84	do. Hide & Leh.	—	—
Gass City and S.	17	17½	do. pref.	—	—
do. pref.	—	—	Am. Smelt. & Ref.	46½	50
Lackw. & Bonne	56	57	American Sugar	37½	38½
Missouri Kansas	19½	19½	Am. Tel. & Tel.	121	121½
St. louis Pacific	28½	28	Central Leather	31½	34½
Nat. R. Rad. 2 pf.	75	75	Central Hard Wal.	8½	8½
New York Centr.	99½	100	do. Gas & Fuel	—	25½
do. Ont. & West.	—	—	Chile Copper	21½	21½
Norfolk & West.	101	102½	Du. Stat. Stee C.	61½	63½
Pennsylvania	41½	41	Du. Stat. Stee C. pf.	110½	110½
			Bonds	—	220,000

	22. 10.	20. 10.		22. 10.	20. 10.
London	11,55	11,55	Christiania	39,80	39,45
Buenos Aires	34,75	34,75	New York	2,56	2,56
Paris	12,75	12,75	Berlin	12,75	12,17
Schweiz	43,75	43,75	Madrid	34,10	34,10
Wien	0,0016	0,0016	Prag	7,35	11,25
Kopenhag.	44,95	44,75	Pest	0,0001	—
Stockholm	43,75	43,35	Sofia	4,75 — 4,85	—

Warschau.

	22. 10. G	22. 10. B	20. 10. G	20. 10. B
Berlin	127,00	—	110000	—
Deutsche Mark	0,0000	—	200,15	—
Danzig	1,00000	—	1,0,31	—
London	570000	—	331000	—

Valuporeise in Gb. Gb.

	22. 10	19. 10	20. 10	1. L.
London 90 T S.	—	17,8	17,50	1 L.
Berlin Reichsbanknoten	—	0,0000	0,0000	20,46
New York Sicht	—	3,47	3,41	1 US Doll

Der Vorschau auf Karlshorst.

Mittwoch, den 24. Oktober, 12½ Uhr Nachm.

Am Mittwoch beschickt der Verein für Hindernisrennen seine diesjährige Rennsaison. Traditionell kommen an diesem Tage Hubertus-Jagdrennen und Vorläufer-Jagdrennen zur Entscheidung. Besonders Letzteres, über 7500 Meter führende und damit längste und schwerste Steeplechase auf deutschen Bahnen wird großes Interesse hervorgerufen. Immelmann, Rautenbeine, Sprewald, Orkus, Minor, Feldherr, Herzog, Bunsif und Cherusker II werden voraussichtlich auf die lange Reise geschickt werden. Immelmann, Rautenbeine, Orkus, Herzog und Sprewald traten sich zuletzt im „Großen Preis". Damals war Immelmann Sieger vor Herzog, Sprewald, Orkus und Rautenbein. Er hatte aber etwas Glück mit diesem Sieg, da Sprewald scheinbar wegen Lahmheit einen Moment verhalten wurde. Außerdem seine Rautenbein, die wir immer noch als Steherin ansehen, ein durch mehrere Zwischenfälle gestörtes Rennen. Herzog kam weber Erwarten nicht über die 6000 Meter; er trägt mit 67½ Kilogramm wiederum ein sehr billiges Gewicht. Gegen Immelmann spricht sein Höchstgewicht. Minor hat seine Form von 1922 in diesem Jahre noch nicht wieder zeigen können. Orkus muß wieder beim Ende dabei sein, das wir bei sonstigen Rennen zwischen Sprewald, Rautenbeine und Herzog lesen.

Unsere Vorausagen: 1. R. Mammud — Frau Holle. 2. R. Ritter Blanbart — Contrebant. 3. R. Philister — Jakor. 4. R. Sprewald — Rautenbein — Herzog. 5. R. Fußmajor — Baldung. 6. R. Minna — Mabonna. 7. R. Aufklärung — Volunelio. E. S.

Voraussagen zur Mittwoch.

Mülheim — Duisburg. 1. Günstling—Bundesbruder. 2. Pfeil—Pfeilen. 3. Fatalist. 4. Wolkenbruch—Windbraut. 5. Fromm—Leichtsinn. 6. Piring Ubl—Dodds. 7. Wittstreit—Valens.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Herrenreiter. Im Anschluß an das Pferderennen Hoppegarten findet am Mittwoch abend in den Klubräumen, Schadowstraße, die Generalversammlung des Verbandes deutscher Herrenreiter mit darauffolgendem gemeinsamen Abendessen statt. Kommende Jahr gilt es, wieder zu richten an das Sekretariat des Verbandes, Schadowstraße 8.

Der Rittelscher Abreiglaube hat mit dem Siege im Hohenlohe-Lehringen-Rennen seine erfolgreiche Rennlaufbahn beendet. Der vierjährige Dorf Kunstfeuer wird im nächsten Jahre als Beschäler nach Wadlingsdorf (Bez. Düsseldorf) gehen werden.

Der beste Zweijährige Ungarns ist der von Steve Galiton a. d. Lobb gezogene Cetondi der Grafen Jankovich-Besan. Cetondi hat kürzlich Ungarns weitreiche Zweijährigenprüfung, den St.-Stefan-Preis, ganz überlegen gewonnen gegen Rosselino Aead und drei andere Mitbewerbern und ist durch diesen Erfolg zum Favoriten für den Wiener Austria-Preis und die großen Zuchtprüfungen des nächsten Jahres avanciert. — Am Tage nach dem Lobblund-Preis kam in Alga der Preis des Ungarischen Jockey Clubs zur Entscheidung, den der ungarische Derbysieger Akanio ganz knapp gegen Fürst Hohenlohe-Lehringens 4 J. Dermoy gewann.

Paul Samson gegen Schmidt-Mainz. Der herausfordernde Meister Breitensträters um dessen Titel, der Jockeyklub Paul Samson, der sich kürzlich den guten Italiener Giuseppe Spalla einwandfrei schlagen konnte, wird am Freitag, den 26. Oktober, im Berliner Meisterschaftsring mehr etwa 20 Pfund schwereren Mainzer Schmidt gegenüberstehen. Drei weitere gute nationale Kämpfe sollen das Programm vervollständigen.

Berliner Tennis.

Einen besonders schönen Erfolg errang der Tennisklub des Vereins „Schwarz-Grün" in den soeben beendeten Verbandsspielen des Berliner Tennisverbandes dadurch, daß seine II. Mannschaft die Meisterschaft der II. Verbandsklasse und seine III. Mannschaft die Meisterschaft der IV. Verbandsklasse und seine III. Mannschaft der Verbandsklasse gewinnen konnte. Der Verbandsmeisterschaft herrscht selbst in den beteiligten Kreisen noch immer die größte Unklarheit, und es ist nicht recht verständlich, warum der Verband durch regelmäßige Benachrichtigung der Presse nicht dafür sorgt, daß das am Tennis-Sport interessierte Publikum von Zeit zu Zeit über den Verlauf und den jeweiligen Stand der Verbandsspiele orientiert wird.

Die Endspiele in der II. Verbandsklasse wurden ausgetragen zwischen den Siegern der II. Mannschaften der I. Klasse, d. h. der II. Mannschaft von „Schwarz-Grün", b) dem Sieger der I. Mannschaften der Ia Klasse, d. h. Borussia III. „Schwarz-Grün" gewann die Meisterschaft dadurch, daß die Borussia III. die den Gegner wohl unterschätzt hatte, überlegener als das Resultat vermuten läßt, mit 5:4 Punkten, und im Entscheidungsspiel die I. Mannschaft von „Blau-Gold" in einem Kampf, der uns zum letzten Ball unentschieden hin- und herschwankte, gleichfalls mit 5:4 besiegen konnte.

Wesentlich überlegener gewann die III. Mannschaft von „Schwarz-Grün" die Meisterschaft der III. Klasse gegen den Sieger der I. Mannschaften der II. Verbandsklasse „Blau-Gold" und den Sieger der II. Mannschaft der II. Klasse „Siemensstadt Blau-Gold II". Gegen die allerdings durch Nichtantreten der Mannschaft des „Oetzner"-Klub gewann „Schwarz-Grün" II mit 7:2 und gegen die II. Mannschaft von „Siemensstadt" im Schlußspiel auf den Plätzen des Gegners mit dem imponierenden Resultat von 9:0.

Die Erfolge der „Schwarz-Grün"-Mannschaften zeigen deutlicher als viele Worte das gute Durchschnittskönnen der Klubmitglieder sowie den vorbildlichen Vorspurt, mit dem die einzelnen Spieler die Farben ihres Vereins vertreten haben.

Motorrad-Rennen 1924.

Die Vertreter der Internationalen Motorradsportklubs fanden sich in Paris zur Besprechung der internationalen Veranstaltungen 1924 zusammen. Vertreten waren Italien, Spanien, die Schweiz, Frankreich, Belgien, Dänemark und England. Offiziell wurden vorgemerkt folgende Veranstaltungen: 3.—13. April Rundfahrt durch Italien; 4. oder 23. Mai Großer Preis von Italien; 19. Mai Großer Preis von Spanien; 15. Juni Rundfahrt durch die Schweiz; 23.—28. Juni: Touristt Trophyrennen in England; Ende Juni: Internationale Regelmäßigkeitsprüfung; Ende Juni: Tschechoslowakische Rundfahrt in der Schweiz oder in Schweden; 23. bis 24. August: Dänischer Rundfahrt in Dänemark; 5. September Großer Preis der Nations (Europameisterschaft) in Italien; 13. bis 14. September: Pfingstfahrt Nord—Süd (Mailand—Neapel).

Ländertampf Deutschland—Holland in Köln. Der Gau IV des Bundes Deutsches Radfahrer wartet am 28. Oktober um 8 Uhr Sieben mit einer großen Schlußparcoursfahrung auf, in deren Mittelpunkt ein in fünf Runden nach Wunsch zu fahrender Ländertampf Deutschlands—Holland zum Austrag kommt. Die Kölner Matadore Osamella und Roßbach treten gegen die holländischen Stars Koen Leone an. Auch alle anderen Rennen des Tages, wie das Internationale Vorgabefahren um den Wanderpreis von Köln, das Ausgleichspreis in drei Läufen über 10, 15 und 20 Kilometer hinter Zweisitzerfahrung und der Abschiedsfahrt von Jacobsen und Wolfgang Ott, der Kölnern erwecken durch den Start der Holländer großes Interesse.

Ausgefallene Radrennen. Die für Sonntag geplanten Radrennen auf der Olympiabahn wurden des schlechten Wetters wegen abgesagt. Auch die Radrennen, die die Ortsgruppe Wanne des Deutschen Radfahrerverbandes zum Austrag bringen wollte, fielen dem Regen zum Opfer. Sie sollen mit der Meisterschaft des Bezirks Ruhr-Lippe, Gertrud in den Flugzeugrennen und Schrestel, Rudel, Bermeer, Grümmer in den Dauerrennen am nächsten Sonntag zum Austrag gelangen.

Für das Schlittenrennen in Genf, das am 29. Oktober seinen Anfang nimmt, sind 16 Mannschaften gemeldet, darunter außer einer großen Anzahl deutscher Mannschaften die Starterliste: Gebr. Busse, Degraeve—Berlin, Beyl—den Haag, Gebr. Sutter, Arts—Zh. Wynsdon, Spiegers—Kleiers, Gebr. Marx, Fredericks—den Ruysvelds, Pagnoul—Duran, Standaert—Delbreck, Blemmings—Bontefoe, Verbroeden—Bust, A. Vandersnijdt—Verbeek, von Boere—Cloye, Thysman—Michaut, von Betwelse—Gaffens. — Am gleichen Tage beginnen auch die „Six Days" in Chicago, an denen deutscherseits Bauer und Oskar Tietz teilnehmen.

Der atlantische Ruderkampf zwischen den repräsentativsten Mannschaften von Nord- und Südamerikland soll am kommenden Sonntag in Frankfurt a. M. seine Erledigung finden.

FREIBAU IN HOLZ

Hallen u. Dächer

in freitragender ingenieurmäßiger Holzkonstruktion, Stützweite bis 50 Meter.

Industriebauten jeder Art
Werkstatt-, Montage- und Lagerhallen, Brücken und Stege

CHRISTOPH & UNMACK
AKTIENGESELLSCHAFT
ABT. HOLZBAU
NIESKY O.-L.
SCHLESIEN

Volkswirtschaftlicher Teil.

Dienstag, den 23. Oktober 1923.

Zur Wiedereinführung von Devisen-Einheitskursen.

Die in einem Teil des heutigen Morgenblatts veröffentlichte Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurs geht über die frühere mehrere Wochen lang in Kraft gewesene Devisenverordnung, die einen Handel nur zum Einheitskurs gestattete, in einigen Punkten hinaus und bedeutet eine nahezu vollständige Abdrosselung des Verkehrs mit Devisen und Dollarschatzscheinen. Auf Ankündigung an zuständiger Stelle erfahren wir, dass man auch dort überzeugt ist, diese Bestimmungen würden sich nur wenige Tage aufrecht erhalten lassen. Die Verordnung dürfe aber nicht für sich allein betrachtet werden, sondern nur in Zusammenhang mit der W. T. B.-Meldung über die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld. In der kurzen Zeit der Aufrechterhaltung der Devisenverkehrssperre will man versuchen, mit äusserstem Nachdruck wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu pumpen. Bei der Ausgabe kleiner Stücke der Goldanleihe ist daran gedacht, diese Stücke auf Dollarcents hinab zu stückeln, weil bereits Beträge von einem Dollar für den normalen Kleinverkehr wieder zu gross sind. Grosse Hoffnungen setzt man ferner auf die Ausfertigung von Zwischenscheinen, auf die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes durch die Industrie und auf die Einführung von Goldschecks der Banken. Das wertbeständige Notgeld der Industrie ist in Hamburg und Danzig schon praktisch erprobt worden, und man hat damit die besten Erfahrungen gemacht. Da die Umwechslung des wertbeständigen Geldes in Papiergeld nur immer nach Maßgabe der augenblicklichen Bedürfnisse erfolgt, so lassen sich damit grosse Ersparnisse in Zahlungsmitteln erreichen.

Die neue Verordnung vom 22. Oktober bedarf in mancher Hinsicht infolge ihrer unklaren Fassung der Auslegung. So ist namentlich der § 1 unklar gefasst. Der erste Paragraph muss folgendermassen lauten:

„Der Erwerb und die Veräusserung von Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung, für die eine amtliche Notierung in Berlin erfolgt, gegen Reichsmark oder gegen Wertpapiere jeder Art, die auf Reichsmark lauten oder von Dollarschatzanweisungen ist im Inland und Ausland nur zu dem amtlich in Berlin notierten Kurse des Tages des Geschäftsabschlusses zulässig, und zwar zu dem Gold- oder Briefkurs oder einem dazwischenliegenden Kurse. Zahlungsmittel im Sinne dieser Verordnung sind Geldsorten, Papiergeld, Banknoten u. dergl., Auszahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel.

Eine amtliche Notierung wird als vorliegend nur angesehen, wenn für der Währung am Tage des Geschäfts eine amtliche Notierung des Kurses der Auszahlung erfolgt. An Tagen, an denen eine amtliche Notierung der Auszahlung nicht stattfindet, dürfen in der Währung Geschäfte nicht abgeschlossen werden. Der Kurs für Auszahlung ist auch für Geschäfte in Geldsorten ausgeschlossen, wenn für die Geldsorte kein besonderer amtlicher Kurs notiert wird. Wird ein besonderer Kurs notiert, so gilt er nur für Geschäfte in Geldsorten."

Weiter heißt es in der Verordnung: § 1 Abs. 1 findet auf Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, für die eine amtliche Notierung in Berlin nicht erfolgt, mit der Maßgabe Anwendung, dass der Erwerb und die Veräusserung nur zu den Preisen zulässig ist, die von einem Ausschuss der Berliner Bedingungsgemeinschaft für ihn Wertpapierverkehr ermittelt und regelmässig in der Presse veröffentlicht werden. Die veröffentlichten Preise gelten bei Abschlüssen in diesen Zahlungsmitteln als Höchst- und Mindestpreise, soweit für Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung weder eine amtliche Notierung in Berlin erfolgt noch andere Abzahl Preise ermittelt werden, ist der Erwerb und die Veräusserung gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten, unter der Voraussetzung zulässig, dass der Preis auf der Grundlage einerseits eines in Ausland bestehenden Kurses dieser Zahlungsmittel und andererseits des Berliner amtlichen Kurses der Währung des ausländischen Börsenplatzes errechnet ist.

Devisenbanken und Wechselstuben können ausländische Geldsorten, Papiergeld, Banknoten auch an einem Preise erwerben, der hinter dem letzten amtlichen Kurse zurückbleibt. Devisenbanken dürfen dürfige bis zu 4 Pfund (englisch) oder den entsprechenden Betrag in einer anderen ausländischen Währung auch von letzbiekunten amtlichen Kurs abgehen.

Geschäfte, die gegen die obigen Vorschriften verstossen, sind nichtig.

Wer Gefängnis bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafe bis zum Zehnfachen Betrag des ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig Zuwiderhandlung auffordert, anreizt oder sich erbietet. Neben der Strafe können die ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, angezogen werden, wenn der Täter oder einen Teilnehmer nicht gehören. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnungen kann ferner der Kommissar für Devisenerfassung durch Ordnungsstrafe bis zu 10 000 Goldmark ahnden.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündigung in Kraft. Als Verkündigung gilt auch die Verbreitung durch das Wolffsche Telegraphenbüro. Im Reichsanzeiger und die Veröffentlichung durch die Presse. Unterschrieben ist die Verordnung vom Reichsministerium des Innern, Reichswirtschaftsminister Koch und Finanzminister Dr. Luther.

Mit dem § 6, der nur die amtlichen Notierungen der Berliner Börse für ihnen gleichgestellte Preise zur Veröffentlichung zulässt, fallen amtliche Kursnotierungen dieser Art wie die Kölnische, Hamburgische und Frankfurt fort. Auch die Kurse der Reichsmark in New York, London, Amsterdam usw. dürfen nicht veröffentlicht werden. Auch der Danziger Devisennotierungen, die ja auf Reichsmark lauten, sind zur Veröffentlichung nicht zugelassen. In Danzig dürfen nur Geschäfte dass sich, wie früher, ein lebhafter freier Devisenhandel in Danzig und in Köln entwickeln werde und damit unerwünschte Konkurrenz für das unbesetzte Gebiet Platz greifen werden.

Der amtliche Berliner Kurs hat, worauf wir wiederholt hingewiesen haben, nur dann einen Sinn, wenn die Reichsbank zu diesem Kurse die Devisen voll zuteilt. Greifen Repartierungen Platz, so wird eine Spekulation über ihren gleichen Goldmark, auf die jetzt zahlreiche wichtige Waren mit ihren Preisen basieren, zur Unmöglichkeit.

Der freie Handel in Goldanleihe wird voraussichtlich einen grossen Aufschwung nehmen. Dies liegt ganz im Sinne der Regierung, welche die Verwendung der Goldanleihe als Zahlungsmittel in der Weise zu fördern bestrebt ist. Die Goldanleihe hat sich bekanntlich in letzter Zeit in einem gewissen, automatisch sich regulierenden Kurs zum Dollar bezw. zu den Dollarschatzanweisungen. Man glaubt in Bankkreisen, dass aus diesen Freiverkehrskursen der Goldanleihe sich auch jetzt eine Art Westmesser für den Stand der Devisen wird ableiten lassen.

Zu wünschen wäre, dass die Regierung Massregeln trifft, damit täglich, also auch für den Sonnabend, amtliche Kurse für Devisen festgestellt werden. Es geht nicht an, dass die Geschäftswelt von Freitag bis Montag ohne eine Kursfeststellung bleibt.

Zur Steueraufwertungsverordnung.

Allgemeine Schonfrist bis zum 25. Oktober 1923. – Aufwertung der Vorauszahlungen.

Von
Rechtsanwalt **Dr. Wilhelm Bentner,**
Berlin.

Die Verordnung über Steueraufwertung vom 11. Oktober 1923 ist bereits am 14. Oktober 1923 in Kraft getreten. Diese sofortige Inkrafttretung der Verordnung ist durch die unrichtige erlassene Durchführungsbestimmung in einem wichtigen Punkte gemildert worden, der vom Standpunkte der Steuerpflichtigen genaue Beachtung verdient. Bis zum 25. Oktober d. J. und bei der Erbschaftssteuer bis zum 1. Dezember d. J. können Steuerschulden noch durch den Besitz von Papiermarkbeträge einschliesslich der nach den bisherigen Vorschriften etwa verwirkten Zuschläge entlegt werden (§ 9 Abs. 2 der Durchführungsbestimmung.) Jedem ist dringend zu raten, sofort festzustellen, was er noch an Reichsbahnsteuer, seien es Einkommensteuer, mögens- oder Verkehrssteuern, schuldet, und den ausmachenden Betrag bis zum 25. Oktober d. J. zu zahlen. In den meisten Fällen werden auch die zwischen der Finanzverwaltung und den Steuerpflichtigen streitigen Beträge einen wirklichen Wert nicht mehr darstellen, solange die Papiermarkgrundlage festgehalten wird; daher ist auch in solchen Fällen die noch rechtzeitige Zahlung, die bisher etwa unterblieben ist, dringend anzuraten.

Infolge der Goldwertschaung wird in Zukunft auch der Grundstückshandel einer starken Belastung unterliegen, trotzdem die Wertzuwachssteuer in den meisten Städten nicht mehr veranlagt wird. Nunmehr werden die vollen sechs Prozent der Grunderwerbsteuer wirklich erhoben werden. Eine Ermässigung des Betrages zwischen Entstehung der Schuld und ihrer Zahlung wird auch hier nicht mehr eintreten. Der bewertungsmässige Betrag und der gemeine Wert zur Zeit der Beurkundung spielt bei der Grunderwerbsteuer keine steuermindernde Rolle, da die Steuer mindestens von dem gemeinen Wert des Grundstücks zur Zeit des Eigentumserwerbungen erhoben wird. Schon bei einem gemeinen Wert von etwa 15 000 Goldmark wird bei dem jetzigen Multiplikator (IX.–19 Oktober 1 000 000 000) der Billionenbetrag für die Steuer überschritten. Es liegt daher auch bei der Grunderwerbsteuer das dringendste Interesse des Steuerpflichtigen vor, etwaige Rückstände bis zum 25. Oktober d. J. noch in Papiermark ohne Rücksicht darauf zu erledigen, ob eine Veranlagung erfolgt ist oder nicht, vorausgesetzt, dass die Steuer bis zum Übergang bis zum 25. Oktober erfolgt und damit die Steuerschuld entstanden ist. Mit Rücksicht auf § 9 Abs. 2 der Durchführungsbestimmungen hat der Steuerpflichtige ein Recht darauf, dass ihm das Finanzamt den angebotenen Papiermarkbetrag annimmt, selbst wenn das Grundbuch dem Finanzamt von dem Eigentumswechsel noch keine Nachricht gegeben hat. Erfolgt die Umschreibung der Grundbesitzänderung erst nach dem 25. Oktober 1923, so ist die Aufforderung der Grunderwerbsteuer nicht zu vermeiden.

Auch die Vorauszahlungen auf die Reichsbahnsteuer werden am 1. September 1923 ab, in beschränkten Masse vom 1. Januar d. J. ab, aufgewertet, ohne dass es mehr eines besonderen Antrags der Steuerpflichtigen bedarf. Berechnung auf werbeständigen Steuerkonto oder zur der Hinzahle werbeständiger Zahlungsmittel. Die Steuerpflichtigen sind daher berechtigt, diese Bestimmung nicht mehr, sofern von dem Recht der Papiermarkzahlung Gebrauch zu machen. Die der vor Zeit ihrer Zahlung rollenden Multiplikator für die Landgebäude auf die Goldgrundzahl umrechnen und mit diesen Ziffern Zahlung zur Anrechnung zebracht. Eine notwendige Folge dieser Regelung ist die Bestimmung, dass Überschusseinkommen Beträge vom Reich werbeständig erstattet werden. Vorauszahlungen in der Zeit vom 1. Januar bis 31 August 1923 werden ohne Umrechnung, dass der bis Ende Juli gezahlte Betrag zunächst in Papiermark erhält, wird Einzelnen Gläubiger zunächst Hinzahlung Juni auf das 30fache, Juli auf das 10fache) und die sich dann ergebenden Beträhes durch den Multiplizer vom 1 September (1 200 000) dividiert werden. Als Vorauszahlung gelten auch bare Sicherstellungen der Grunderwerbsteuer, die der Steuerpflichtigen nach der Aufforderung notarieller Akte vor den Eintragungen im Grundbuch zu zahlen haben.

Wirtschaftliches und Finanzielles aus Russland.

Die diesjährigen Ernteergebnisse in der Ukraine werden amtlich auf 762,5 Millionen Pud Getreide geschätzt. Nach Abzug des Getreidebedarfes der Bevölkerung für Nahrungsmittel und Viehfutter wird man einem freien Ueberschuss von ungefähr 150 Millionen Pud gerechnet. Ausgeführt werden sind von Getreide Erzeugnisse bisher 5,5 Millionen Pud Getreide. Die staatliche Getreideausfuhrgesellschaft „Exportchleb" hat vom 15. August bis zum 10. September d. J. 500 000 Stück Rauwaren zur Ausfuhr bereitgestellt. Der grösste Teil dieser Rauchwaren wurde nach Leipzig verkauft. — Die Moskauer Kommunalverwaltung hat den Projekt über den Bau einer Untergrundbahn in Moskau ausgearbeitet. Die Ausschaudelsvertretung aus Moskauer Sowjets „Mos-Sowjetjorg" in Berlin hat in diesem Zusammenhang vorbereitende Verhandlungen aufgenommen. — Die Gesamtproduktion des Kohlen-Donezgebiets ist laut Produktionsprogramm für das neue Wirtschaftsjahr 1923/24 auf 300 000 000 Pud gegenüber 454 100 000 Pud im Wirtschaftsjahr 1922/23 festgesetzt. — Der Rat der Volkskommissare hat die Satzungen einer neuen „Holzexport A.-G." bestätigt. Gründer der Gesellschaft sind die Holztruste „Soweroljes" und „Lesoljes" sowie die russische Handelsvertretung in London („Arkos"). Das Kapital beträgt 50 000 Goldrubel.

Nach wirtschaftsamtlichen Angaben wurden im August d. J. 21 508 000 Pud Waren (im Juli 21 434 000) im Werte von 16 262 Goldrubeln (im Juli 10 090 000) aus Russland exportiert und 3 675 000 Pud Waren (im Juli 3 633 000) im Werte von 11 329 000 Goldrubeln (im Juli 10 977 000) importiert.

Der Rat der Volkskommissare hat eine Verordnung über die Ausgabe neuer 5000-Rubelscheine der Ausgabe 1923 (1 Rubel 1923 gleich 1 Mill. alter Sowjetrubel) erlassen. Die Bilanz der Emissionsabteilung der Russischen Staatsbank schliesst zum 1. Oktober mit 23 764 000 Tscherwonzen ab, gegen 22 100 000 zum 16. September. Neu emittiert wurden in der zweiten September-Hälfte 1 664 000 Tscherwonzen. Der freie Rest des Emmissionsrechtes beträgt 254 000 Tscherwonzen. W. D.

*

Der Kursturz des Sowjetrubels. Von unserem ständigen Mitarbeiter für Osthandelsfragen wird uns geschrieben: Der Kursturz des Sowjetrubels hat besonders in den letzten Monaten ein Tempo eingeschlagen, das allerdings hinter der Entwertungsgeschwindigkeit Deutschlands, aber immerhin deutlich zeigt, dass durch die Einführung der Goldanleihen der Staatsbank (Tscherwonzen Währung) keine Stabilisierung des Sowjetrubels erzielt worden ist, wie dieses von den russischen Finanzpolitikern erhofft wurde. Nebenbei scheint es, dass die Entwertung des Sowjetrubels seit Einführung der Paralleiwährung noch mehr zugenommen hat. Die Entwertung des Sowjetrubels im Jahre 1923 (der neue Million aber Sowjetrubel gleichzusetzen ist) ist Beginn des Jahres deutlich sich aus nachstehenden Notierungen der Moskauer Börse:

	21. Jan.	21. Apr.	21. Juli	21. Okt.
1 Pfund Sterling . . .	415	490	5 500	
1 Dollar	88	97	192	1 170
1 Tschawonzen . . .	197	412	950	5 500

Die Kursnotierungen des Sowjetrubels hat somit seit Beginn dieses Jahres rapide zugenommen: während am 21. Januar der Dollar mit 88 Sowjetrubeln 1923 notiert wurde, war er am 21. Oktober 1170. Das Verhältnis der Tscherwonez-Noten zu dem englischen Pfund und dem Dollar ist seit dem Juni d. J. relativ unverändert.

*

Erhöhung der Oderfrachten. Der Frachtenausschuss für die Oder hat, der „Bresl. Ztg." zufolge, die Kohlenfrachten für ganze Kahnladungen auf der Strecke Cosel-Halle bis Berlin um 20 Millionen Mark von 1 034 Mill. M. auf 3 234 Mill. M. je Tonne erhöht. Das Liegegeld ist auf das 600millionenfache des gesetzlichen erhöht worden (bisher das 200millionenfache).

Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung. Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung belief sich laut „Industrie-Kurier" in der Zeit von 1.–10. Oktober an sechs Förderlagern bei einer fördertäglichen Leistung von 58 264 auf Bergwerken 506 286 t (Vorwoche 562 467 t). Der Förderrückgang gegenüber der Vorwoche ist auf Betriebseinschränkungen auf drei Gruben zurückzuführen. Es verfeuerten insgesamt die Oberschlesiens 168 814 (183 991). Nach dem übrigen Polen gelangten 106 590 (126 533), nach Deutsch-Oberschlesien 22 275 (35 830), nach dem übrigen Deutschland 81 919 (105 954), Deutsch-Oesterreich 28 059 (27 498), Tschechoslowakei 68 277 (68 726).

Die englische Kohlenzufuhr über Hamburg. Im Hamburger Hafen sind laut „Industrie-Kurier" vom 8.–19. Oktober 252 814 (Vorwoche 284 578) t englische Kohle eingetroffen.

Neue Anleihen. Die Bayerische Bodenkreditanstalt, Würzburg, erhöht die Gesamtsumme ihrer Kommunalschuldverschreibungen 2 % unter Reichsbandsiekon, bisherigen ca. 20, mindestens mit 7 % verzinslich, ausgegeben. — Die Stadt Freiburg erhöht die Gesamtsumme, werbeständige Schuldverschreibungen vom Gegenwert von 60 000 Feingramm Nadelnutzholz III. Klasse auszugeben.

Deutsche Arzneitaxe. Die Schlüsselzahl für Arzneimittel und Gefässe beträgt ab 21. Oktober 29,6 Mill., im bisherigen Gebiet 28,7 Mill., für Arbeiterverzüglungen unverändert.

Der französische Aussenhandel Januar bis September. Nach der offiziellen Statistik, die jetzt im Journal Officiel" wird monatlich des Jahres 1923 40 421 290 t im Wert von 22 551 706 000 Fr. Das bedeutet im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres um 1,—50. Oktober an sich 3 141 275 t im Wert von 6 984 407 000 Frank. Die Ausfuhr betrug 17 628 218 t im Wert von 215 093 711 000 Frank, was eine Vermehrung um 1 996 757 t im Wert von 6 258 052 000 Frank gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1922 bedeutet.

Die polnische Mark gesetzlichen Zahlungsmittel in Oberschlesien. Nach dem „Berichten aus den Staaten" wird vom 1. November an in Oberschlesien der polnische Post- und Telegraphentarif eingeführt werden. Gleichzeitig wird der polnische Zloty neben der deutschen Währung eingesetzt werden. Im Sinne der am 15. Mai 1922 abgeschlossenen Konvention erlässt an diesem Tage in Oberschlesien die deutsche Mark die Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel.

Vom Devisen- und Geldmarkt.

Berlin, 23. 10.

Am heutigen Devisenmarkt hat die neue Verordnung der Regierung naturgemäss grosse Ueberraschung und vollständige Umwälzung der Lage bewirkt. Man kann als die erste Wirkung eine vollständige Stockung aller geschäftlichen Verkehrs erkennen. Dies zeigt sich besonders krass am Geldmarkt, wo täglich Geld vormittags noch unbegrenzt zurückwar und 14–18 % Zinsen pro Tag bedang, an der Börse aber dringend angeboten war, so dass der Zinssatz auf 2 % sank. Ausgeführt wurde aber nominell, da Geld überhaupt nicht ausgebrachten war.

Die Banken handelten in grösserem Umfang, als bisher Usance, hierbei zeigte sich, dass alle europäischen Devisen, namentlich aber Auszahlung London und Paris, unbar Geldes nicht waren zugunsten des Dollar, eine Bewegung, die schon in der ganzen letzten Zeit den internationalen Devisenverkehr das Gepräge und mit der gespannten politischen Lage zusammenhing.

An der Börse waren auch beunruhigende Gerüchte über Anfruhr in Hamburg verbreitet, was weiter zur äusersten Zurückhaltung beitrug.

Da Devisen und Dollarschatzanweisungen durch die neue Verordnung vom Verkehr ausgeschaltet waren, entwickelte sich lebhaftes Geschäft in Goldanleihe, die stark anzog und zum Kauf reizte, zumal auf die geplante Inflationierung der Goldanleihe, ferner auf die Beschlagnahme der Goldanleihekurses durch die amtliche Notiz des Dollars.

Bei der amtlichen Notierung der Devisen zeigte sich nur sehr schwache Nachfrage. Die Devisen wurden daher voll zugeteilt. Der amtliche Kurs für Auszahlung London stand 250 Millionen.

Die Goldanleihe setzte im freien Verkehr mit 60 Milliarden ein und ging zunächst bis auf 56½ Milliarden zurück. Die amtliche Notiz wurde auf 56 Milliarden festgesetzt bei voller Zuteilung, erreichte also genau den amtlichen Dollarkurs. Im freien Verkehr wurde diese Parität jedoch im Verlaufe erheblich überstiegen und gegen 1½ Uhr wurde ein Kurs von 59 Milliarden erreicht.

Dollarschatzanweisungen wurden mit 58 Milliarden bez. G. notiert. Aufträge bis 1000 Dollar fielen aus, darüber wurden nur 5 % angeteilt.

Gegen 2 Uhr erreichte Goldanleihe einen Kurs von 64 Milliarden Mark.

Berliner Devisen:	23. 10. Geld	23. 10. Brief	22. 10. Geld	22. 10. Brief
Amsterd.	21546000	21653000	15561000	15639000
Buenos Aires	7195000	7231000	7262000	7298000
Brüss.-Antw.	2719200	2732800	2034900	2045100
Christiania	4148100	4169000	3106000	3121600
Kopenhagen	9675750	9724250	4242000	4263000
Stockholm	14466000	14538000	10473750	10526250
Helsingfors	1476300	1483700	1057350	1062650
Italien	3485250	3502750	2611500	2624500
London	250875000	252125000	180900000	181800000
New York	58800000	59100000	42000000	42300000
Paris	3.8.50.00	3.8.50.00	2750000	2765000
Schweiz	9873250	9924750	7112175	7147825
Prag	2738250	2751750	1966850	1976150
Spanien	2194500	2207500	1596000	1604000
Lissabon	2519250	2531750	1804500	1813500
Budapest	5082750	5112250	3652500	3674500
Wien ausgest.	17675250	17765750	12680500	12746500
Prag	1641675	1650425	1181050	1190950
Budapest	3050250	3067750	2194	2205
Bulgarien	5339625000	5363875000	3840475	3862525
Japan	4.4830	4.4870	4840475	4872525

Ausser Wien, Budapest und Sofia alles in 1000 M.

Börse in Halle a. S.

Halle, 23. Oktober. (in Milliarden.)

	23. 10.	22. 10.		23. 10.	22. 10.
Ammend. Papier.	2,5	2000	Zeitzer Masch.	6,5	4500
Crölw. Papier.	22,5	7500	Ballisch. Masch.	—	—
Wolf. Kabel.	15	7000	Ballisch. Masch.	—	—
Glasnitz. Zucker	15	7000	Ball. Pflanzerei	10	1500
Bal. Maschinen	15	3000	Ball. Kammgarn	45	15000
Bildstedt. Mühl.	40	1000	Wernsch. Wollwäl.	200	—
Ball. Zucker	40	1000	Wernsch. Wollwäl.	—	—
Wagg. Linoleum	30	15000	Kathe A.-G.	18	10000
Wagnis-Aktien.	14	1000	Zeitzer Kunstwäl.	10	4000

Universum-Film A.-G. (Ufa). In dem in kühnen Tagen eröffnenden Geschäftsbericht der Universum-Film A.-G. (Ufa) für das am 31. Mai 1923 abgeschlossene Geschäftsjahr wird ein Bruttogewinn von 7 167 559 000 M. (i. V. 101 377 000 M.) ausgewiesen, darunter Vertrag aus dem Vorjahre 4 046 000 Mark (i. V. 8 690 000 M.). Nach Abzug der Handlungsunkosten und Abschreibungen von 5 166 813 000 M. (45 003 000 M.) verbleibt ein Reingewinn von 2 000 746 000 M. (56 371 000 M.). Dasselbe Ergebnis ist erzielt worden unter Einbeziehung der Ufa-Gesellschaften, insbesondere in der Schweiz, in Holland, Dänemark, Finnland, ferner in Warschau, Wien, Prag und Budapest. Die Gesamtzahl der Ufa-Theater ist (i. V. 147 257 000 M.). Die vollständige Abschreibung dieser Werte, welche Ende 1922 materiellen jeder Art sowie sämtliche fertige Filme (d. h. die nicht ausgenutzten Negative und vorhandenen Kopien) enthalten, hergestellt die Gesellschaft damit, dass sie sich gegen eine Umwälzung unserer Währungsverhältnisse und deren Einfluss auf die künftige Bilanz sicher stellen wollte. Die am Schluss des Geschäftsjahres im Gange befindliche neue Produktion von Filmen hatte bei Bilanz am 31. Mai einen Selbstkostenwert von 2 839 506 000 M. (i. V. 63 345 000 M.). Die für heutige Verhältnisse allerdings noch sehr geringe Steigerung erklärt sich ohne weiteres aus der Geldentwertung. Ausstehende Forderungen sind mit 3 681 000 M. (i. V. 122 833 000 M.), darunter Bankguthaben von 1 770 045 000 M. (i. V. hatte die Gesellschaft Bankschulden). Grundstücke und Gebäude sind mit 71 807 000 M. in Ihrer Bilanz aufgeführt, wenn nur der Ufa selbst (nicht ihren Untergesellschaften) gehörige Besitz enthalten ist (i. V. 3 300 000 M.). Die Verwaltung erfolgt durch die Vorstandsmitglieder Bruhn, Bonn und Essen und durch Hinzuziehung von umfangreichen, an die Atelliers in Tempelhof und Babelsberg gerichteten Kontrolle. Der gesamte von der Gesellschaft direkt oder durch massgebende Beteiligungen kontrollierte Grundbesitz in Berlin und in der Provinz beträgt 370 000 qm, davon 128 Morgen in Tempelhof und Babelsberg. Der gesetzliche Reservefond ist in alten Gesellschaftsjahr auf 612 337 000 M. erhöht (i. V. 27 500 000 M.). Der Geschäftsbericht bemerkt hierzu, dass durch weitere Verwendung des Reservefonds ausgeschlossen bei den Aktien der Reservefond sich im neuen Geschäftsjahre bereits auf 32 Millionen erhöht hat. Aus dem Reingewinn werden 700 % (30 %) Dividende ausgeschüttet. Die Gesellschaft will, wie bekannt, den Beteiligten der Deutschen Bank 370 000 qm, ferner nachträglichen, wertbeständigen Anlage in Ufa-Aktien gewähren, indem sie gegen Lieferung von je 10 Dividendenscheinen eine Ufa-Aktie von 1000 M zum Durchschnittskurse des abgelaufenen Geschäftsjahres 2000 % ausgibt. Ferner hat die Gesellschaft seit einen beteiligenden Verlauf nehmen.

Textil-Grosshandels A.-G., Flensburg. In der Generalversammlung wurde beschlossen, das Grundkapital von 300 auf 500 Mill. M. zu erhöhen. Die Ausgabe erfolgt zu einem Kurse, welcher am Zahlungstage bei der Ausübung des Bezugsrechts für je 100 M. Aktien, dem Werte von zwei aneeh. Dollar entspricht. — Die Firma wurde gebeten in a. Ge. Textilwarenfabrikation und Grosshandel. In den Aufsichtsrat wurde gewählt Herr Wilhelm Cohn (Hamburger Handels-Bank). Der Aufsichtsrat teilt mit, dass die Aktionären Aktien im Verhältnis von 4:1 angeboten werden.

Erwerbsgesellschaften.

Opposition in der Generalversammlung der Barmer Bankverein. Die ausserordentliche Generalversammlung, die über die Kapitalserhöhung beschliessen sollte, zog sich infolge der Opposition der Kleinaktionäre stundenlang hin und endete mit einer Protestkundgebung der Kleinaktionäre, die geschlossen das Versammlungslokal verliessen, bis sie von den wenigen Grossaktionären majorisiert wurden. Es waren Aktionäre anwesend. Das Vorstandsmitglied, Konsul Dr. Dicken-Düsseldorf führte zur Kapitalserhöhung aus, dass der heutige Augenblick für eine Kapitalserhöhung recht ungünstig und die technische Durchführung der Erhöhung so schwierig sei, dass die Verwaltung nicht den gesetzlichen Modus gefunden, um allen Beteiligten zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Verwaltung schlug folgende Entschlussfassung vor: Das Stammkapital wird um 100 auf 600 Mill. M. erhöht, und zwar durch Ausgabe von 480 Mill. Mark Stamm- und 10 Mill. Mark Vorzugsaktien. Die letzteren sollen bei Ausübung des Aufsichtsratswahl und einer Liquidation des Unternehmens das zwanzigfache Stimmrecht haben und auf eine Dividende von mindestens 6 % beschränkt sein. Die genannte Kapitalserhöhung soll zu pari an den Rheinbandeiskonzern Düsseldorf begeben werden. Eine Kommission soll mit dem Rheinbandeiskonzern über weitere über die Ausgabebedingungen verhandeln. Als Mindestbedingungen sollen gelten, dass bei den 480 Mill. M. Stammaktien den alten Aktionären ein Bezugsrecht von drei jungen auf eine alte Aktie gewährt werden und der Gegenwert in gesetzlichen Zahlungsmitteln binnen unter 2 ab zugunsten der Barmer Kreditbank erfolgt, dass der Gewinn der Zwischenbank nicht mehr ein Fünftel des Bezugsrechts ausbezahlt. Die sämtlichen Aktien sollen auf den Inhaber lauten und das gesetzliche Bezugsrecht für die ausgegebenen alten Stücke in Stücken von 1000 und 10 000 ausgegeben werden. Das Bezugsrecht der alten Aktien von 500 bis 1200 ist an die Bedingung geknüpft, dass ihre Endsummen durch 1000 teilbar sind. Es besteht ausserdem die Absicht, diese Aktien zum Austausch in grössere Stücke aufzurufen. Die Bezugsrechtsteuer soll die Gesellschaft tragen. Die Ausschreibung des Bezugsrechts soll geschehen, sobald eine stable Währung geschaffen ist. Die Kleinaktionäre führten in ihrer Kritik an den Liebermannbesprechungen aus, dass sie einseitig zugunsten des Rheinbandeiskonzerns abgefasst seien, der aus der Transaktion einen Gewinn von 45 000 Goldmark erzielen und dessen Einfluss in den Barmer Kreditverein durch Ausgabe der Vorzugsaktien ganz gewaltig gesteigert werde, während der Einfluss der Aktionäre verkleinert würde. Die Schaffung der Vorzugsaktien sei unmoralisch, und es müsse dagegen energisch Protestiert werden. Die Verwaltung suchte die Einwände zu entkräften. Die Kleinaktionäre verharrten in ihrer Opposition und verliessen den Versammlungsraum. Die Verwaltung und Aufsichtsrat sich diesem Diktat hätten fügen müssen. Die Bedingungen bedeuten eine Vergewaltigung der Aktionäre. Ein Antrag der Kleinaktionäre auf getrennte Abstimmung über die Kapitalserhöhung und die Schaffung der Vorzugsaktien wurde von der Verwaltung abgelehnt, dergleichen ein Antrag in zur Nichtentlastung der Verwaltung zu vermerken, dass eine grosse Anzahl der Anwesenden mit den Vorschlägen der Verwaltung nicht einverstanden sei und daher die Abstimmung ablehnte. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Verwaltung angenommen. Die Verwaltung wollte weiterhin noch über Satzungsänderungen beschliessen lassen. Die Kleinaktionäre verharrten bei ihrem Verlassen des Saals nicht auf der Tagesordnung steht. Als die Verwaltung doch zur Abstimmung schreiten wollte, verliessen es geschlossen den Saal. Es blieben nur 5–6 Aktionäre zurück, die die Satzungsänderungen dem Vorschlage der Verwaltung gemäss beschlossen. Die Gesellschaftsstatut wurden wiedergewählt.

Hallesche Röhrenwerke A.-G., Halle. Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Kapitals von 10 Millionen Mark auf 30 250 000 M. Die alten Aktionäre erhalten ein Bezugsrecht im Sinne Ende 1922 beschlossenen Planes 200 Millionen Prozent Abgabung für Bezugsrechtsteuer. Es wurde aber mitgeteilt, dass diese Sätze bei der offiziellen Zeichnung nicht mehr gelten. Die Bezugsrechte nach geändert werden können.

Deutsche Maschinenfabrik A.-G., Duisburg. Die Gesellschaft gibt bekannt, dass sie ihre Aktienbücher geschlossen von 1921 schon jetzt zur Einlösung bringt. Die näheren Bestimmungen bei der Einlösung der Einlösungsstellen sind im Inseratenteil dieses Blatts ersichtlich.

Verzicht auf Dividende. Die Generalversammlung der Süddeutschen Baumwollindustrie Kuhen genehmigte den Abschluss. Was die Gewinnverteilung anbetrifft, so wurde der ursprünglich vom Aufsichtsrat gestellte Antrag auf Verteilung einer Dividende von 100 % zurückgezogen und dafür vom Vorstand der Antrag gestellt, den verbleibenden Ueberschuss von 499 353 000 Mark vorzutragen und auf die Ausschüttung einer Dividende zu verzichten. Der Vorsitzende begründete diesen Schritt mit der allgemeinen Lage der Gesellschaft, die es unmöglich mache, eine Gelddividende, wie man meint in Erwägung gezogen hatte, noch vor in beschränkten Umfang zu verteilen. Zudem hätte die in der Schweiz ansässige Hauptaktiengruppe erklärt, dass sie im Interesse der Gesellschaft auf die Verteilung einer Dividende verzichte.

Braunschweigische A.-G. für Jute- und Flachsindustrie. Nach dem Geschäftsbericht für 1922 belief sich der Reingewinn auf 107 624 M. (i. V. 2,0 Mill.) Die Verteilung einer Dividende kommt daher nicht in Betracht. In der Bilanz erscheinen 25 Mill. M.) Gutshaben mit 11 618,3 (33,8) und Ausseständnde mit 3542,1 (4,9). Ferner an Vorräte von Rohmaterialien und Waren im Betrieb Bruttowert mit 5666,6 (18,7), im Bericht Vorräte mit 2492,3 (34,7). Die Beschäftigung war im ersten Halbjahr 1923 gut, und zwar in der Hauptsache durch Aufträge. Die Aufnahmefähigkeit der inländischen Verbraucher verringerte sich zusehends und ist nach und nach auf einen behaupteten Prozentsatz zurückgegangen. Im Augenblick kann die Beschäftigung noch als befriedigt bezeichnet werden. Was aber die Zukunft in dieser Beziehung bringt, hängt von der Gestaltung weiterer Aufnahmefähigkeiten ab. Der Neubau ist nicht zur Ende des Geschäftsjahres nahezu vollendet, aber ein grosser Teil der Arbeitsmaschinen ist noch nicht eingetroffen.

Asbest- und Gummiwerke Alfred Calmon A.-G., Hamburg. Nach der erlassenen Bekanntmachung ist der Bezugspreis von 1½ Dollar für grosse Aktien und nach den Dollarkurs von 26. ex. zu zahlen. Wir hören, dass in Hinblick auf die grossen Geldverschwankungen die hies